

aus? Man mcht die internationalen Kartelle aus, um die Einfuhr fernzuhalten! Sicherung des inneren Marktes. Dann aber kommt der Quotenkampf, welcher bei der Gründung und Erneuerung jener Kartelle geführt wird. Die Parteien müssen in schwerster Rstung bereitstehen, sowohl für den Quotenkampf wie für den Fall der Kartellkndigung. Daher müssen trotz des internationalen Kartells die Schutzzölle bestehen bleiben. Und wie steht es mit der Schleuderausfuhr bei internationalen Kartellen? Sie wird in jenen Ländern, welche außerhalb der Kartellvereinbarung bzw. der untereinander aufgeteilten Absatzgebiete bleiben, nur um so schärfer geführt. Die großen Kartellgewinne ermöglichen es, in jenen Gebieten ein noch schärferes Dumping zu betreiben.

Ferner die wirtschaftliche Solidarität bei der Rohstoffbeschaffung: die Länder, welche über Rohstoffmonopole verfügen, mißbrauchen die Lage durch Einführung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Rohstoffpreise in die Höhe zu treiben und damit die Weltversorgung mit jenen Rohstoffen zu verteuern. Doch sind diesen Rohstoffmonopolen nächste Gegner erstanden. Da sehen wir den amerikanischen Handelsminister Hoover, wie er voll Eifer und Mut den Kampf gegen die Rohstoffmonopole führt. Auch die englische Regierung lässt es sich nicht nehmen, ab und zu gegen die Rohstoffmonopole vorzugehen, wie dies ltzlich im Falle des internationalen Kupferkartells geschh. Also Solidarität der Rohstoffverbraucher gegen die Ausbeutung? Es muß jedoch strig machen, wie Hoover und die englische Regierung, sobald es sich um Rohstoffmonopole des eigenen Landes handelt, diese nicht nur dulden, sondern sogar mit allen Mitteln zu fördern bereit sind. Gegen die knftliche Erhöhung der unter amerikanischen Einfluß stehenden Getreide-, Baumwoll-, Zucker- und Kupferpreise usw. hat Hoover niemals irgendwelche Einwendungen gemacht, ebensowenig wie die englische Regierung gegen die knftliche Erhöhung der Preise für Gummi und Jinn, wofür England eine Monopolstellung besitzt. So ist es um die Solidarität bestellt.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz sprach der englische Vertreter Sir Runciman gegen die Schiffsahrtssubventionen. Es verstöße gegen die internationale Solidarität, wenn die Schiffsahrt eines Landes mit knftlichen Mitteln gefördert wird. Sehr richtig; trotzdem ist der englische Standpunkt ein wenig verdächtig, angesichts der Tatsache, daß die englische Schiffsahrt mit ihren lange amortisierten (abgeschriebenen) Schiffen einer Subventionierung nicht bedarf. Sir Runciman veraumte aber, von jenen Subventionen zu reden, die England etwa für seine Zuckerraffinerien zu gewähren für richtig hält. Auch in diesem Punkte gilt der Satz: die anderen Länder mögen sich der Gewährung von Subventionen enthalten, mir hingegen darf dies nicht vermehrt werden.

Wie steht es um die Kaufkraft der Völker? Die Feststellung, daß die Kaufkraft gestärkt werden muß, wenn die hergestellten Waren abgesetzt werden sollen, ist heute bereits zu einer Einsenwahrheit geworden. Wie wird aber diese Erkenntnis angewandt? Innerhalb der einzelnen Länder sagt sich der von der Wichtigkeit der Kaufkraftsteigerung durchdrungene Unternehmer: es ist ganz gut, wenn die anderen Unternehmer bzw. andere Industriezweige höhere Löhne und Gehälter zahlen, damit ich meine Waren besser absetzen kann. Für mich selbst gilt diese Regel nicht: um meine Produktionskosten zu senken und dadurch meine Gewinne zu steigern, ist für mich der bequemste Weg, die Löhne und Gehälter weiter niedrig zu halten. (Falls mir aber durch Lhnerhhungen der anderen die Gefahr droht, daß auch ich die Löhne steigern muß, dann sollen lieber auch die anderen bei niedrigen Löhnen bleiben. Nur so weit reicht das Kaufkraftargument.) Dasselbe gilt für die internationalen Beziehungen: die Kaufkraft des eigenen Landes soll durch vermehrte Ausfuhr steigen, den anderen Ländern jedoch mag dieser Weg der Kaufkraftsteigerung verschlossen bleiben.

Kann es bei dieser Einstellung der kapitalistischen Wirtschaft wundernehmen, wenn auch da, wo über Krieg und Frieden gesprochen wird, dieselbe Art von Solidarität waltet, nämlich in der Abrüstungsfrage? Auch bei den Abrstungskonferenzen tritt mehr oder weniger verschleiert derselbe Gedanke hervor: Die anderen Länder sollen abrsten, ich aber darf meine Rstungen weitertreiben. Die Seemacht befwortet die Abrstung zu Lande, die Landmacht die Abrstung zur See. Man sucht nach Abrstungsformeln, die es ermöglichen sollen, die eigenen Rstungen weiterzutreiben.

So steht das, was man weltwirtschaftliche Solidarität nennt, heute aus.

Das Institut für Konjunkturforschung zur Wirtschaftslage.

In seinem kürzlich erschienenen neuen Vierteljahrsheft versucht das Institut für Konjunkturforschung wieder ein Bild der kommenden Wirtschaftskonjunktur zu zeichnen. Nach dem außerordentlich vorsichtig abgefasten Urteil des Instituts ist die gegenwärtige Welle des Konjunkturumschwungs bald an seinem Höhepunkt angelangt. Sie nähert sich der Hochspannung, d. h. jenem Stadium der Konjunkturentwicklung, das nach dem Schema des Konjunkturverlaufes durch folgende Tatsachenreihen gekennzeichnet ist:

Starke Verfestung auf dem Geldmarkt; Finanzierungs- und Kreditkniglichkeiten; weiteres Sinken der Effektenkrse; Stillstand oder Abbröckeln der Warenpreise bei teilweiser scharfer Verfestigung der Preisrelation (Kapital- und Konsumgüter).

Das Unternehmenseinkommen hört auf, zuzunehmen, gegen Ende dieser Periode geht es zurück. Das Arbeitseinkommen hält sich zunächst noch im ganzen auf der erreichten Höhe, ebenso die elastischen Ausgaben.

Stillstand in der Zunahme der Produktion; die Produktionsgtererzeugung tritt den Rückzug an, während die Verbrauchsgtererzeugung zunächst noch steigt. Die Zunahme der Einfuhr kommt zum Stillstand, die Ausfuhr bewegt sich nach wie vor unter Schwankungen auf der erreichten Höhe.

Nach dem Schema des Konjunkturverlaufes folgt der Hochspannung die Wirtschaftskrise.

An Hand der Untersuchungen über die Gestaltung der drei Märkte (Warenmarkt, Effektenmarkt, Geldmarkt) kommt das Institut zu folgendem Ergebnis:

Verucht man auf Grund der Analyse der Zahlungsvorgänge und Marktbewegungen sich von der weiteren Dauer des Aufschwungs ein Bild zu machen, so liegt es nahe, die Zeitspanne abzumessen, die nach den bisherigen Erfahrungen zwischen einer gleichen Konstellation wie der heutigen und dem Beginn der darauf folgenden Wirtschaftskrise gelegen hat. In der Vorkriegszeit betrug sie etwa 1 1/2 Jahre. 1925 annähernd dreizehntel Jahr. Daß sich die Phasenlänge der Konjunkturbewegung in Deutschland nach dem Kriege verkürzt hat, wurde schon wiederholt festgestellt. Bei der starken Umbildung, in der das Gefüge der deutschen Volkswirtschaft seit der Stabilisierung begriffen ist, lässt sich schwer abschätzen, mit welcher Wellenlänge des Konjunkturverlaufes jetzt zu rechnen ist. So viel lässt sich jedoch sagen, daß die deutsche Volkswirtschaft seit 1925 eine größere Festigkeit gewonnen hat. Fast überall ist eine stärkere Konsolidierung eingetreten. Mit einem gewissen Recht spricht man vom Wiederaufbau des mobilen Kapitals, worunter zu verstehen ist, daß die Unternehmungen jetzt wieder auf einer breiteren Grundlage von langfristigen Krediten, von Beteiligungs- und Emissionsmglichkeiten, von eigenem Effektenbesitz aufgebaut sind. Wenn wir daher demnächst in eine Periode der Hochspannung eintreten sollten, so ist anzunehmen, daß diese Phase nicht von so heftigen Erschütterungen durchsetzt sein wird, wie im Jahre 1925, als Katastrophen wie die sogenannte Konzernkrise hereinbrachen. Obgleich in der wirtschaftlichen Rückhalt, den die deutsche Wirtschaft im Ausland hat, nachdem die internationale Solidarität der Märkte wieder hergestellt ist, stärker als im Jahre 1925.

Auch auf der Gterseite tritt uns das Bild des fortschreitenden, der Hochspannung sich nähernden Aufschwungs entgegen. Produktion, Beschäftigung und Umsätze sind gerade in den letzten Monaten stark gewachsen. Die Arbeitslosigkeit hat sich wesentlich vermindert. Wenn sie im Mai 1926 für die Gesamttheit der Arbeiter- und Angestelltenchaft einschließlich der Kurz-

arbeiter auf etwa 2 1/2 Millionen veranschlagt wurde, so kann sie gegenwärtig auf höchstens 1 1/2 Millionen beziffert werden. Immer noch handelt es sich um eine außerordentlich hohe Zahl. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit selbst bei einem Höhepunkt der Beschäftigung Mitte 1925 immer noch auf einer halben Million stehen blieb. Inzwischen ist infolge der Rationalisierung und anderer Momente diese strukturelle Arbeitslosigkeit vielleicht noch gesunken.

Zusammenfassend beurteilt das Institut für Konjunkturforschung die kommende Wirtschaftsentwicklung folgendermaßen:

Ende Februar 1927 ergab sich das Konjunkturbild eines zögernd fortschreitenden Aufschwungs. Die Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Die wirtschaftliche Aktivität hat gegenwärtig - Ende Mai 1927 - einen Grad erreicht, der schon zu gewissen Reibungs- und Spannungsercheinungen geführt hat, wie sie für eine der Hochspannung sich nähernde Aufschwungsbewegung kennzeichnend sind. Dieses zeigt sich mit aller Deutlichkeit sowohl auf der Geldseite wie auf der Gterseite der Wirtschaft.

Der Zahlungsverkehr hat sich erweitert. Die drei Märkte befinden sich nach ihrer Konstellation in dem zweiten Abschnitt eines Aufschwungs: der Warenmarkt behnt sich aus, der Effektenmarkt hat einen Rückschlag erlitten, der Geldmarkt ist angespannt. Leichtere Spannungsercheinungen bescheiden auch auf der Gterseite. Produktion und Umsätze sind in den letzten Monaten zwar ständig gewachsen. Dabei hat aber die Produktionsgtererzeugung, die von Oktober 1926 bis Februar 1927 zunächst stärkere Fortschritte gemacht hatte, die Führung nunmehr an die Verbrauchsgüterindustrien abgegeben. Überdies scheint die volkswirtschaftliche Vorratsbildung einen Charakter anzunehmen, der auf zunehmende Sättigung des Binnenmarktes hindeutet. Durch die Zahlen des Außenhandels wird das insofern bekräftigt, als die Mehreinfuhr an Rohstoffen und Halbwaren ltzlich leicht abgenommen hat.

Wenn die Wirtschaft in die Phase der Hochspannung eintreten wird, lässt sich nicht mit Bestimmtheit angeben, zumal die Dauer der einzelnen Phasen sich bis auf weiteres nicht berechnen lässt. Es könnte sich sogar zunächst wieder eine Entspannung ergeben. So viel kann aber gesagt werden, daß die Auffassung nicht zutreffend ist, der Umschwung an der Spitze sei schon das Signal für einen bald zu erwartenden Rückgang im sonstigen Gesftleben. Die Abschwächung der Effektenkrse dürfte vielmehr mit einer Folge gerade der stärkeren Krfteanspannung im Bereiche der Produktion und des Warenhandels sein.

Wenn die Deutung der Wirtschaftsentwicklung durch das Institut für Konjunkturforschung richtig ist - sie wird z. B. von der 'Frankf. Ztg.' angezweifelt - dann befinden wir uns bald wieder auf der absteigenden Konjunkturkurve. Dieses Urteil zur Wirtschaftslage ist für die Arbeiterklasse sehr wichtig: Es ist ein Warnungszeichen kommen der sozialer Not großen Maßstabes. Die aufsteigende Wirtschaftsentwicklung war nicht imstande, die industrielle Reservearmee in den Produktionsprozess einzureihen. Immer noch drängen sich weit über eine Million arbeitsloser Arbeiter und Arbeiterinnen vor den Schaltern der Arbeitsnachweise und heischen Arbeit, Lohn und Brot. Und schon wieder droht das Gespenst der Wirtschaftskrise, der Massenarbeitslosigkeit mit seinen Knochenfingern: Wer kann hier helfen? Niemand als die Arbeiterklasse selbst, die bestrebt sein muß, durch Einigkeit und entschlossenen Willen einen gesellschaftlichen Zustand zu ändern, der Millionen arbeitswilliger Menschen zwangsläufig zu demoralisierender Untätigkeit und sozialer Not verdammt.

Bericht des Saues 14 über das Jahr 1926.

Das Jahr 1926 war ein Krisenjahr. Aus der Inflationskrise sind wir in die Sanierungs- und Reinigungs-, und von da in die Rationalisierungskrise hineingekommen. In keiner Gesamtheit kann es jedoch nicht als ungemglich bezeichnet werden, wenigstens nicht, soweit es für die Unternehmer in Betracht kommt.

Frau oder Fräulein?

Von Dr. phil. Helene Stcker.

Der Kampf für die Einheitsanrede 'Frau' ist so alt wie die Frauenbewegung - zumindest der letzten Generation. Seit die ersten Pionierinnen der akademisch gebildeten, geistig unabhängig gewordenen Frauen die Möglichkeit hatten, mit dem neu erlangenen wissenschaftlichen Rstung die Welt kritisch zu betrachten, haben sie die Unzulänglichkeit, das Unzureichende, ja das Tödliche dieser Zweiteilung der Frauen lebhaft empfunden. Und mit ihnen immer eine große Anzahl von Männern, die den Problemen des modernen Gesellschaftslebens verstandnisvolle Aufmerksamkeit schenken. Schon seit 20 Jahren haben wir, z. B. in der von mir herausgegebenen Zeitschrift 'Die Neue Generation' - dem Publikationsorgan des Deutschen Bundes für Mutterrecht, wie der internationalen Vereinigung für Mutterrecht und Sexualreform - diese Einheitsanrede 'Frau' gefördert, und viele Männern, auch unter dem männlichen Geschlecht, gefunden. Diese Grundanschauung fand u. a. Ausdruck in einer einstimmig angenommenen Resolution, die einem Referat über 'Persönlichkeit oder Familienstand?', von mir gehalten, folgte und in der es u. a. heißt: 'Die Verherrlichung beiderlei der Anrede 'Fräulein' im Titel der Frauenbewegung, des Mutterrechtes und der Sexualreform als einen lächerlichen Nachtrag zu betrachten. Sie stellt den Wert der Frau wie den des Mannes in der Persönlichkeit, dem Wesen und der Leistung, keineswegs aber etwa in dem Zustande der Frau, dessen Veränderung gänzlich nicht im Bereiche ihres eigenen, fhlichen Willens liegt.

Die Klassifizierung der Frauen in solche, die auf dem Standesamt stehen und solche, die es nicht stehen, - die herrschende Stellung dieser Unterscheidung als allgemeine Anrede, mag jenseitig ihren Wert, wie ihrer Wirkung nach direkt als unrichtig betrachtet werden. Da rechtlich einer Inanspruchnahme des Titels Frau nichts im Wege steht, so ist von jedem, dem an der Ehre und Würde der Frau gelegen ist, anzufordern, dass er in weiblichen Kreisen zu verbleiben. Sie für jeden erwachsenen Mann der Titel 'Herr', so mag wiederum für jede mündige Frau die Anrede Frau als eine königliche Notwendigkeit gefördert werden.

Die Behörden sollen gebeten werden, hier mit gutem Beispiel voranzugehen, wie sie es ja schon in bezug auf die höheren Beamtenstellungen tun.

Im Kampf gegen die doppelte Moral und die Verfestigung des weiblichen Geschlechts wird die Durchführung dieser Reform eine nicht zu unterschätzende Waffe sein und aus dem Ziel einer gleichberechtigten Entwicklung für beide Geschlechter und einer Verdrängung unserer Moralvorurteile einen großen Schritt abzubringen.

Sprachhistorische Studien haben zudem ergeben, daß der Titel 'Frau' auch ursprünglich für verheiratete und unverheiratete weibliche Personen galt. Warum sollte er es nicht auch wieder in der Gegenwart und in der Zukunft tun? In einem Volksstaate, in dem die Frau mit 20 Jahren politisch mündig ist, wirkt es doppelt absurd, sie durch die Abstempelung 'Fräulein' gewissermaßen als persönlich unentwickelt, als gesellschaftlich nicht vollwertig zu bezeichnen. Es ist - lächerlich - lächerlich älteren 'Fräulein' im Greifenhaar gegenüber und fraglich bei der an der Ehe Mutter Gewordenen. So wird die Anrede 'Fräulein' einer reifen und selbstständigen Frau gegenüber mehr und mehr inoffensiv als unpassend und tödlich empfunden.

Während des Krieges entschlossen sich die Justizminister der verschiedenen Länder, den Titel 'Frau' an Brute von Gefallenen zu verleihen, um dadurch das Los des etwa nachbleibenden Kindes zu mildern. Es ist ein Verdienst des preussischen Ministers des Innern Heine, in einer im Ministerialblatt für innere Verwaltung vom 12. Juni 1919, Seite 233, abgedruckten Verfassung die Konsequenzen der neuen Entwicklung gezogen zu haben. Er erklärt darin: Die Bezeichnung 'Frau' für eine Angehörige des weiblichen Geschlechts ist nicht gleichbedeutend mit Ehefrau. Dies ist weder eine Personalausdrucksbezeichnung, noch ein Teil des Namens, noch ein Titel, der verliehen werden müßte, oder könnte. Es kann deshalb auch keiner ledigen Frau verwehrt werden, sich Frau zu nennen.

In unserer Arbeit für die Besserstellung arbeitsloser Mütter und Kinder haben wir unzählige Male erfahren, wie nutzlose Kränkungen, Herannahen, Demütigungen und Schädigungen aus der überlebten 'Fräulein'-Anrede erwachsen. Eine mündige Anrede führt auch die Selbstachtung des oder der Angeredeten.

Wir scheinen es daher Pflicht jedes fortschrittlich gesinnten; auf die Selbstachtung, die Würde der Persönlichkeit bedachten Menschen, an dieser Umwandlung der Sitte durch Gebrauch der Einheitsanrede 'Frau' mitzuwirken. Es handelt sich nicht um eine Hilfe oder Frdung für arbeitslose Mütter und Kinder, sondern darum, die Konsequenzen in der geistigen Entwicklung der Frau überhaupt zu ziehen.

Krieg und Nachkriegszeit insbesondere haben von der Mehrheit aller Frauen soviel Verantwortungsbewusstsein und Leistungen gefördert, daß sich der Absurdität, erwachsene, reife Menschen durch die Nachhilfe 'sein' als unreif zu bezeichnen, den Familienstand an Stelle der Persönlichkeit in den Vordergrund zu rücken, unbedingt und unverzüglich gebrochen werden muß.

Die letzte Nacht.

Von Andrey Sobol.

Diese Novelle wurde in der hinterlassenen Mappe des russischen Dichters gefunden, der seinem Leben durch Selbstmord ein Ende machte.

In einer der Gefngniszellen saßen vier Häftlinge um Tode verurteilt.

Aus dem Fenster der Zelle Nr. 12 sah eine Hand eine dünne Schnur mit einem an ihr befestigten Zettel hinstrecken, welcher durch das vergitterte Fenster in die Zelle Nr. 18 hineinfiel.

Einer der Gefangenen ergriff den Zettel und überflog blitschnell seinen Inhalt. Der Zettel wanderte von Hand zu Hand. Die Gefangenen erlebten. Es wurde ganz still.

Der Inhalt des Zettels lautete:

Ihr werdet heute nacht aus dem Gefängnis hinausgeführt... Im Interesse der Partei sind alle unnützen Opfer zu vermeiden. Ihr mt das Urteil schweigend hinnehmen. Ohne Lärm. Ohne Widerstand. Wir sind machtlos. Ihr mt euch beherrschen. Demonstriert nicht. In der Stadt ist Pogrom. Die Kosaken ziehen vorbei.

Von Fenster zu Fenster, von Zelle zu Zelle wanderte der tragische Zettel, und allen Gefangenen erstarrte das Blut... Zwei Häftlinge schliefen, der dritte knetet Figuren aus Brot, der vierte schaute durchs Schlselloch auf den Korridor, wo ein Soldat, das Gewehr geschultert, auf und ab spazierte.

Der Zar lässt die Gefangenen scharf bewachen. Unsere letzte Nacht... schlieferte letzte einer der Gefangenen, um die Schlafenden nicht zu wecken. Ich will noch leben... Ich habe Hunger... Glaubst du, daß ich vor dem Tode noch ein Frühstück bekommen?

Er legte sich auf die Prtze und zog den Strflingsmantel über den Kopf zusammen. 'Ich fürchte mich vor dem Tode', flüsterte der andere, 'und du?'

Der Kamerad umarmte ihn innig und küsste ihn auf die Stirne. 'Mrtyr' sagte er, 'anfer Leben geht keinem Ende zu... wir werden nie mehr die Stadt sehen... nie mehr...'

In gleicher Zeit probierte in einem anderen Stadteil ein dreifhultriger, stärker Mann eine Gendarmenuniform und brumpte unwillig: 'Zum Teufel auch! Ich sagte gleich, die Uniform ist mir zu eng. Was jetzt?' Neben ihm stand eine schlanke Frau. 'Sei nicht böse... Ich werde es sofort richten. So... Ist es jetzt gut?' 'Meine Arme sind wie zusammengebunden. Im Notfall werde ich nicht einmal die Pistole aus der Tasche ziehen.' Die Frau schaute ihn drohend an:

In der ersten Hälfte des Jahres war die Wirtschaftslage denkbar ungünstig. Die zweite Hälfte war besser, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen im Winter wieder stieg.

Im Jahre 1926 hat sich in der deutschen Industrie ein starker Umstellungsprozess vollzogen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Es ist besonders schwer, ältere Arbeiter unterzubringen. Eingestellende Arbeiter müssen sich einer strengen Prüfung unterziehen, die sich nicht nur auf Leistungsfähigkeit erstreckt, sondern auch auf lückellose Papiere. Befristete, auch solche mit nur geringen Strafen, werden nicht angenommen. Arbeitskollegen, die sich gewerkschaftlich betätigen, bzw. mitgliedlich gemacht haben, zählen zu den Vorbevorzogen. Der Arbeitsnachweis in Köln meldet über 50 000 Erwerbslose. In einzelnen sei aus den Jobstellen mitgeteilt, daß Köln Ende 1925 bei 4000 Mitgliedern 750 Arbeitslose und 1200 Kurzarbeiter hatte. Ende 1926 betrug die Zahl 1100 Arbeitslose und 410 Kurzarbeiter. Am 31. Dezember 1926 hatten insgesamt 21 Betriebe mit über 2000 Beschäftigten mitgeteilt. Davon waren allein 17 Betriebe aus der chemischen Industrie mit 1941 Beschäftigten. So ist unter anderen die gesamte Sprengstoffindustrie im Jobstellengebiet Köln mitgeteilt.

Besonders kraß lagen die Verhältnisse im Aachen-M. Gladbacher Gebiet und am Oberrhein.

Aber die Zahl der Arbeitslosen ist kein Gradmesser für den Stand der Wirtschaft. Fließ- und Wanderarbeit ist, wo es möglich war, eingeführt. Man braucht weniger Arbeitskräfte.

In welchem Maße der technische Umstellungsprozess sich auswirkt, sei gleichfalls an einigen Beispielen dargestellt. So ist in der Fabrik Köln infolge dieser Maßnahmen die Zahl der Beschäftigten um 60 Prozent zurückgegangen. In der Stickstoffdüngersabrik von 2300 auf 1500.

Die Schwemmilchindustrie hat durch die Umstellung von Hand- auf Maschinenarbeit die Zahl der Beschäftigten von früher 9000 auf 2800 bis 3000 reduzierten können. Die Maschine stellt dort täglich 40 000 Steine her, gegen 1000 Stück, die ein geübter Steinformer in 10 bis 11 Stunden Arbeitszeit herstellt.

In einer Margarinefabrik am Oberrhein ging die Zahl der Beschäftigten zurück von 1500 auf 800. Allein die neu eingeführte Papp-Karton-Verpackung machte 50 Arbeiter überflüssig.

Im Jahre 1926 war die Parole der Unternehmer Senkung der Löhne. Die Wirtschaftskrise verbunden mit der großen Arbeitslosigkeit war vorwärtstreibend Lohnkämpfen nicht günstig.

Die Gewerkschaften stellten sich darauf ein, die errungene Position zu halten.

Insbesonders in der Zuckerindustrie mußten wir einen Lohnabbau in Kauf nehmen. Dort stand der Spitzenlohn bis 31. 1. 1926 auf 65 Pfennig. Nach längeren Verhandlungen mußten wir einem Schlichterspruch unter Zustimmung geben, wonach vom 8. Februar 1926 an der Lohn um 5 Pfennig herabgesetzt wurde. Bereits im September waren wir jedoch schon wieder in der Lage, aufzubauen. Durch Schlichterspruch wurden die Löhne wieder um 2 Pfennig heraufgesetzt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre, während die unter 18 Jahren 1 Pfennig Zulage erhielten.

In enger Verbindung damit stand die Agitation und Werberarbeit für den Verband. Hinzu kommt, daß die in früheren Jahren der Bewegung geschlagenen Wunden noch nicht verheilt waren, das Mißtrauen gegen die Organisation noch nicht überwunden ist. Die Krise und ihre Auswirkung ließ auch die KPD. wieder aktiver auf den Plan treten. Ihre Werberarbeit nahm die Form von Unio 1923 an. Leider fällt immer noch ein Teil der Arbeiterschaft auf sie herein.

Aber auch das Unternehmertum ist schärfer gegen uns auf den Plan getreten. Versuche, Werksgemeinschaften zu gründen, gab es auch bei uns. Der Stahlhelm und die National-Sozialistische Arbeiterpartei sind durch Beauftragte gegründet worden in Anbängen und Leberkufen. Werksgemeinschaftszustellungen wurden neu herausgegeben in Troisdorf, Sportplätze wurden angelegt und ähnliche Einrichtungen geschaffen. Allzuviel Arbeiter wurden nicht eingezogen, meistens sind es solche, die sich durch den Beitritt irgendwie beliebt machen wollen. Nicht vergessen werden darf das Bestreben der Unternehmer, mit Hilfe des „Dinab“ die Arbeiterschaft für ihre Zwecke geistig und seelisch zu beeinflussen, das besonders in unserem Gebiet durch Gründung dieses Instituts in Düsseldorf seinen geistigen Niederschlag gefunden hat.

Wir haben unseren Mitgliederstand erfreulicherweise ganz gut gehalten. Ein Zeichen dafür, daß trotz aller Widerstände der Organisationsgedanke immer festeren Fuß faßt.

Jedoch liegen die Betriebe und Industriezweige, die uns als Werbegebiet unterstehen, fast reiflos auf dem Lande. Unsere meisten Mitglieder wohnen auf dem Lande, sind vielfach Halbbauern, die dem Organisationsgedanken schwer zugänglich sind.

Durch die Verschmelzung hat unser Gau 800 Glas- und 300 Porzellanarbeiter erhalten. An die Jobstellen wurden zum Zwecke der Agitation verhandelt:

1. Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften. 1000 Stück.
2. Rationalisierung und Arbeiterschaft. 200 Stück.
3. Gegen den Industriefaschismus. 1000 Stück.
4. Sie suchen die Seele. 200 Stück.

Du darfst nicht schliefen. Hörst du? Sonst breche ich jede Beziehung mit dir ab.

Der Gendarm lächelte: Du bist ja viel Romane, Mascha. Man muß das Leben nachhaken betrachten.

Die Frau schweig. Nach einer Weile flüsterte sie leise: Mascha... ob es wohl gelingen wird? Wenn wir Dich haben, kaufe ich dir auf und davon.

Der dreißigjährige Mann knöpfte seine Uniform zu. Fürchte nichts, ich bin ein guter Regisseur.

Ein jünger Gendarm trat ein und meldete stramm: Herr Rittmeister! Das Telephon!

Wer ist am Apparat?

Der Gefängnisdirektor!

Ich komme sofort.

Im andern Ende der Stadt hielt das Hörrohr der Gefängnis-Direktor und sprach mit zitternder Stimme:

Japohl, Herr Rittmeister, zu Befehl, Herr Rittmeister: Zwei plombierte Wagen... ohne Lärm, verstehe schon... ganz still.

Der Kommandant der Eskorte ist Rittmeister Kurenkow. Ich habe nicht die Ehre, ihn zu kennen... ach ja, er ist heute aus Petersburg gekommen. Zu Befehl, Herr Rittmeister... Ich verstehe, im Walde hinter dem Bahnhof... Alle vier Gefangenen. Ich verstehe, Herr Rittmeister.

Eine Stunde später fuhren zwei geschlossene Wagen in der Richtung des Gefängnisses. Die Wagen waren von Gendarmen umringt.

Vor dem Tore des Gefängnisses hielten sie.

Aus dem Wagen stieg ein dreißigjähriger Gendarm und zog an der Torglocke. Der Gefängnisdirektor erschien.

Ist Ihnen der Befehl Seiner Erzellenz bekannt? fragte Rittmeister Kurenkow. Sind die Gefangenen bereit? Bitte, sie heranzuführen!

Die Verurteilten kamen einzeln aus der Zelle. Rittmeister Kurenkow rauchte nervös eine Zigarette nach der andern. Einer der Gefangenen entriß sich plötzlich den Gendarmen, aber der Rittmeister packte ihn und übergab ihn den Gefängnisaufsehern.

Rächer!

Der Rittmeister kalibrierte und verließ das Gefängnis.

Die Wagen setzten sich in Bewegung. Nach einer halben Stunde wichen sie vom Wege ab und fuhren flach zum Bahnhof gegen den Fluß. Jenseits des Ufers war rumänisches Land. Plötzlich erhob sich der Rittmeister und sagte nervös:

Gesossen! Bitte, nur Ruhe zu bewahren... Hier sind Pistolen und etwas Bargeld. Viel Glück...! Und eine halbe Stunde später telephonierte der Pseudorittmeister nach Hause: Mascha! Du kannst dich schon niederlegen. Und lies keine aufregenden Romane mehr... Alles ist in Ordnung. Gute Nacht!

Deutsch von Grete Neufeld.

An Flugblättern sind herausgegeben 12 000 Stück.

Wir haben den Versuch gemacht, ein Mitteilungsblatt herauszugeben. In unregelmäßigen Abständen sind 10 Nummern erschienen.

Die allgemeine Agitation ist weiterhin durch verschiedene Handzettel an die Gesamtfunktionäre im Gau unterstützt worden. In der Frage: Das Organisationsproblem in Großbetrieben haben wir ebenfalls Stellung genommen.

Im Wiesdorfer Bezirk sind zu diesem Thema längere Ausführungen gemacht worden, die wir den Jobstellen zur Anregung schriftlich übermittelt haben.

Die Agitation im Gau leidet unter einem fühlbaren Mangel an guten Funktionären. Die Gauleitung ist seit längerem bestrbt, durch Einrichtung und Förderung von Bildungskursen diesem Mangel abzuwehren. Leider haben es einige Jobstellen da noch an der notwendigen Aufmerksamkeit fehlen lassen. Neben der regelmäßigen Bildungsarbeit, die die Jobstelle Köln leistet, hat die Gauleitung in Udenbach einen Bildungskursus abhalten lassen, der 4 Tage umfaßte und sich auf 3 Vortragskennnen und zwar Arbeitsrecht, Grundzüge der Volkswirtschaft und Sozialversicherung erstreckte.

Im Gau hatten wir am Ende des Jahres 1926 in 17 Jobstellen 10 540 Mitglieder. Von den 17 Jobstellen sind 8 mit 9 Angestellten. Die Ungunst der Verhältnisse hat sich auch in der Beitragszahlung ausgemerkt. Im Jahre 1925 sind insgesamt 504 787 Beitragsmarken verkauft worden, 1926 waren es 420 203. Die Einnahme an Beiträgen betrug 1925 255 374,80 gegen 257 800,84 im Jahre 1926. Das ist ein Mehr von 2426,24. Pro Kopf sind 1925 50,4 Marken gekauft worden, 1926 dagegen nur 30,1. An Erwerbslosen-Unterstützung sind 1925 59 888,70 Mark ausgezahlt worden, 1926 dagegen 89 238,89 Mark. Leider hat sich auch die Schuldsomme bei der Hauptkasse gegen 1925 mit 22 204,74 Mark gegen 31 866,28 Mark erhöht. Der Bestand der Lokalkasse ist gestiegen von 17 888,58 im Jahre 1925 auf 35 078,18 im Jahre 1926. Im Vergleich zur Mitgliederzahl ist der Markenerwerb als ungünstig zu bezeichnen, wenn auch das finanzielle Ergebnis der verkauften Marken sich gehoben hat.

Die vom Hauptvorstand ausgeschriebenen Extramarken sind sehr minimal verkauft worden. In den meisten Fällen mußten sie bei den Unterabteilungen in Abzug gebracht werden.

Am 1. Mai 1926 verlor die Gauleitung plötzlich und unerwartet durch den Tod ihres langjährigen Mitarbeiter, den Kollegen Hubert Mäurer. Seines stillen und treuen Mitarbeitens sei auch an dieser Stelle noch einmal ehrend gedacht.

Durch die Verschmelzung des Glasarbeiterverbandes mit uns wurde der bisherige Gauleiter dieser Organisation von uns übernommen. Er trat seinen Dienst am 1. August an.

Die Tätigkeit der Gauleitung ergibt sich aus folgender Übersicht. Es wurden abgehalten durch die Gauleitung:

Öffentliche Versammlungen	49
Mitgliederveranstaltungen	50
Betriebsversammlungen	56
Gauvorstandsitzungen	9
Sitzungen mit Ortsverwaltungen	16
Sitzungen mit Vertrauensmännern	54
Sitzungen mit anderen Organisationen	18
Revisionen	41
Vermittlungen bei Lohnbewegungen	59
Verschiedenes	41

An Vervielfältigungen wurden rund 17 000 Stück herausgegeben.

Die geleistete Arbeit wäre nicht möglich gewesen, ohne die treue und opfervolle Arbeit der Funktionäre im Gau, in allen Jobstellen und Betrieben. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt. Sie werden mit Hilfe der Verbandleitung versuchen, auch in Zukunft vorwärts zu kommen in der Stärkung der Organisation und in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Nahrungsmittel-Industrie.

I.

Der Bericht der Unfallberufsgenossenschaft für die Nahrungsmittel-Industrie über das Jahr 1926 liegt nun vor. Derselbe unterscheidet sich, namentlich soweit der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten in Frage kommt, wesentlich von seinen Vorgängern. Dieses ist auf folgende Umstände zurückzuführen. Die früheren Berichte des technischen Aufsichtsdienstes der N.W.G. beschränkten sich nicht darauf, die Dinge rein geschäftlich zu behandeln, sondern es wurde oft recht scharfe Kritik an dem Verhalten verschiedener Arbeitgeber bei der Durchführung des nötigen Unfallschutzes geübt. Man schreckte auch nicht vor einer Kritik an manchen Maßnahmen der Gewerbeaufsichtsbeamten, soweit man diese Maßnahmen für falsch hielt, zurück. Auch manche Gerichtsurteile wurden der Kritik unterzogen, weil sie des öfteren eher aufmunternd zur Übertretung der Unfallverhütungsvorschriften als abschreckend wirkten.

Namentlich die scharfe aber berechtigte Kritik an verschiedenen Maßnahmen mancher Gewerbebetriebe führte zu einer Beschwerde beim Reichsversicherungsamt. Dieses griff einseitig zugunsten der Gewerbebetriebe ein und untersagte den technischen Aufsichtsbeamten der W.G. diese Kritik in den Berichten. Da sich die W.G. nicht so ohne weiteres fügte, wurde Einreichung des Berichtes zur Vorzensur gefordert. Da die Gewerkschaften ein Interesse daran haben, daß auch den technischen Aufsichtsbeamten der W.G. das Recht der freien Kritik nicht beschneitten wird, wurde der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Reichsversicherungsamt vorstellig, um hier eine Änderung herbeizuführen. Das R.V.A. blieb bei seiner Auffassung. Es ist also den technischen Aufsichtsbeamten der W.G. auch weiterhin untersagt, Kritik in obigem Sinne in ihren Berichten zu üben. Wir haben es also in diesem Falle mit einem sogenannten Maulkorbbericht zu tun und werden ihn entsprechend würdigen. Wir möchten aber auch bei dieser Gelegenheit nochmals auf das schärfste dagegen Protest erheben, daß den technischen Aufsichtsbeamten der W.G. durch behördliche Verfügung im Aufschlagswege das Recht der freien Meinungsäußerung genommen wird. Sie haben nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, Kritik an dem Verhalten der Behörden zu üben, wenn das Interesse der gegen Unfall Versicherten es erfordert. Jede Behörde muß sich Kritik gefallen lassen. Sie wird dieses gern in Kauf nehmen, vorausgesetzt, daß ihr Verhalten nicht unter aller Kritik ist. Kommen wir nun zum Bericht selbst.

Aus dem allgemeinen Teil des Berichtes der technischen Aufsichtsbeamten entnehmen wir, daß der N.W.G. im Berichtsjahre 60 631 Betriebe gegen 53 759 im Vorjahre an-

gehörten. Die Zahl der durchschnittlich Versicherten betrug 437 688, im Vorjahre 422 550. Die Zahlen vom Vorjahre zeigen, daß sowohl in der Zahl der angemeldeten Betriebe als auch der Versicherten gegenüber dem Vorjahre eine bedeutende Steigerung eingetreten ist. Wenn auch, wie an anderer Stelle gezeigt wird, eine Reihe Betriebe, die früher schon bestanden, im letzten Jahre erst der Versicherung unterstellt wurden, so kann aus den gesteigerten Zahlen der Versicherten doch geschlossen werden, daß eine weitere Besserung im Geschäftsgang eingetreten ist.

Von den angeschlossenen Betrieben wurden im Berichtsjahre 4871 Betriebe mit 54 444 Versicherten revidiert. Das ist, selbst wenn man von dem Standpunkt ausgeht, daß es nicht in erster Linie auf die Anzahl der Revisionen, sondern auf die Art der Durchführung ankommt, doch ein sehr geringer Prozentsatz. Bei der Revisionsstätigkeit wurden 200 versicherungspflichtige Betriebe ermittelt, die bei der W.G. nicht angemeldet waren. Ein Zeichen dafür, daß es immer noch viele Unternehmer gibt, die sich von den Beiträgen zur W.G. drücken wollen. Ereignen sich dann in derartigen Betrieben Unfälle, dann haben die davon Betroffenen erst durch ein langwieriges Prozederförmchen ihre Rechte geltend zu machen, vorausgesetzt, daß von dem „Unternehmer“ überhaupt etwas zu kriegen ist.

Zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und zur Verhinderung von Unfällen werden vom technischen Aufsichtsdienst und vom Vorstand insgesamt 10 606 Anordnungen erlassen. Nachstehend geben wir einen kleinen Auszug aus den getroffenen Anordnungen, um unseren Mitgliedern der Nahrungsmittel-Industrie zu zeigen, wo in den Betrieben die gefährlichsten Stellen sind. Es wurden u. a. Anordnungen erlassen:

für Schutz an Fahrrad- und Kettengetrieben	1895
• Bestellung neuer Maschinen	1635
• Schutzvorrichtung an Anet- und Mengmaschinen	1068
• Anhang der Unfallverhütungsvorschriften	846
• Verkleidung von Riemengetrieben, Wellenenden usw.	537
• Sicherheitsvorrichtung für Aufzuganlagen	404
• Führung eines genossenschaftlichen Lohnbuches	387
• Schutz an Treppen usw.	372
• Sicherung mechanisch bewegter Maschinenteile	348
• Schutz an Walzmaschinen usw.	309
• Schutz an Schneidmaschinen aller Art	237
• Beschaffung und Verbesserung von Ausstückern	229

Obiger Auszug zeigt, daß die Anordnungen bezüglich Fahrrad- und Kettengetrieben usw. an erster Stelle stehen, obwohl gerade diese Betriebsstellen immer verhältnismäßig leicht zu schützen sind. Waren trotzdem eine solch große Zahl von Anordnungen erforderlich, dann zeigt das nur, daß der Unfallschutz auch dort oft vernachlässigt wird, wo er mit wenig Mühe durchgeführt werden kann. Um so mehr Aufmerksamkeit muß unsererseits diesen Betriebsstellen gewidmet werden. Die zweithöchste Zahl der Anordnungen ist erlassen für Bestellung neuer Maschinen. Hier führt die N.W.G. seit Jahren einen Kampf um ein Maschinenchutzgesetz. Sie fordert, daß nur Maschinen in den Betrieben aufgestellt werden dürfen, die bei ihrer Herstellung gleich mit dem nötigen Unfallschutz versehen sind. Der Berichtserstatter sagt: „In der Unfallverhütung sollte zum Grundgesetz erhoben werden, daß eine Gefahr nicht mehr besteht, sobald man sie kennt und sich gegen sie schützen kann.“

Diesem durchaus gefunden Gedanken können wir nur zustimmen. Leider wird praktisch noch sehr wenig nach diesem Grundsatze gehandelt. Hätten wir ein Gesetz, das nur die Aufstellung von Maschinen, die mit dem nötigen Unfallschutz versehen sind, zuläßt, dann wären wir auf diesem Gebiet ein ganzes Stück weiter. Wir können daher auch jetzt die Forderung nach einem Maschinenschutzgesetz nur auf das wärmste unterstützen. An dritter Stelle stehen die Anordnungen bezüglich des Schutzes an den gefährlichen Anet- und Mengmaschinen, die namentlich auch in der Margarine-Industrie Verwendung finden. Auch hier zeigt die Zahl der Anordnungen, daß es sich um sehr gefährliche Maschinen handelt, bei deren Bedienung nicht genug zur Vorsicht gemahnt werden kann. In weiteren Abständen folgen dann Anordnungen für Betriebsvorgänge allgemeiner Art, wobei die Anordnungen für Walzenmaschinen noch besonders hervorgehoben seien.

Dem Kapitel „Verkehr mit Behörden“ war in den früheren Berichten immer ein breiter Raum gewidmet. Das ist nach der „Maulkorbberichterstattung“ des R.V.A. anders geworden. Was war ja auch wohl der Zweck dieser Anweisung. Wurde früher an verschiedenen behördlichen Maßnahmen scharfe Kritik geübt, so beschränkt sich der Bericht jetzt darauf, lakonisch mitzuteilen, daß die Beziehungen der technischen Aufsichtsbeamten zu den staatlichen Aufsichtsbeamten die gleichen gewesen seien wie im Vorjahre. Dem R.V.A. sei von einzelnen Vorgängen Mitteilung gemacht und über die Gemeinschaftsarbeit sei dem R.V.A. ein Sonderbericht erstattet worden. Wird nun die Öffentlichkeit von dem Inhalt dieser Sonderberichte erfahren, oder bleiben dieselben in der Dunkelkammer des R.V.A. liegen, damit ja niemand erfährt, daß zwischen Beamten einer halbamtlichen Behörde, denn das sind doch die W.G., und zwischen Staatsbehörden Differenzen und Meinungsverschiedenheiten bestanden haben? So wird dann der Anschein erweckt, als bestände volle Einmütigkeit und als werde alles getan, um die Unfälle auf das möglichst geringe Maß zu beschränken. In Wirklichkeit wird diese Flucht aus der Öffentlichkeit dazu beitragen, daß der Unfallschutz noch mehr vernachlässigt wird. Das R.V.A. erreicht also eine Kirchhofsrube bei der Kritik, es verhindert aber dadurch auch jeden Fortschritt, der durch die öffentliche Kritik erreicht werden kann.

Welch sonderbare Auffassung manche Gerichte vom Arbeiterschutz haben, zeigt uns folgender Fall, den wir dem Bericht des technischen Aufsichtsdienstes der N.W.G. vom Jahre 1926 entnehmen. Es heißt dort:

Eine Polizeibehörde machte die Berufsgenossenschaft darauf aufmerksam, daß sich in ihrem Bezirk an einer ungeschützten Streckenendmaschine durch Fehlen der Schutzvorrichtung ein schwerer Unfall zugetragen habe und fragt an, ob die N.W.G. einen Schutz an solchen Maschinen verlangt. In dem eingeleiteten Strafverfahren wurde ein Beamter des technischen Aufsicht-

Denkst als Zeuge dafür vernommen, daß der Schuß von der Berufsgenossenschaft ausdrücklich mündlich und schriftlich angefordert worden war. Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung des Angeklagten. Aber das dem Gericht erstattete Gutachten des Sachverständigen ist dem Reichsversicherungsamt besonders berichtet worden.

Also, Polizeibehörde und Berufsgenossenschaft sind einig darin, daß hier eine Schutzvorrichtung erforderlich ist. Die W. ordnet sowohl mündlich als auch schriftlich den Schuß an. Der Arbeitgeber kommt aber den Anordnungen nicht nach, und er wird vom Gericht freigesprochen. Es ist doch ein Skandal, wie manche Gerichte dem Unternehmer geradezu einen Freibrief ausstellen, mit Leben und Gesundheit der in seinem Betrieb beschäftigten Arbeiter frevelhaft zu spielen. Der technische Aufsichtsbearbeiter der W. aber muß sich damit begnügen, dem R.V.A. darüber besonders zu berichten. Was macht das R.V.A. mit diesem Bericht? Reicht sein Einfluß soweit, daß den Herren Richtern klar gemacht wird, daß sie Freibriefe zum Übertreten der Unfallverhütungsvorschriften nicht ausstellen dürfen? Aber was geht das alles die Öffentlichkeit an, wir haben ja ein R.V.A., das wird die Sache schon machen!

In einer anderen Stelle im Bericht wird folgendes gesagt:

In einem anderen Prozeß wurde von einem Sachverständigen die Notwendigkeit der Umwehung von Ventilatorflügeln verneint, obgleich ein Arbeiter in den ungeschützten Flügeln einen Arm verloren hatte.

Was war denn das für ein merkwürdiger Sachverständiger, der dieses Gutachten abgab? Der Bericht darf darüber nicht reden. Es liegt aber die Vermutung nahe, daß hier einmal wieder irgendein Gewerbeaufsichtsbearbeiter gegen die Anordnung der W. Stellung genommen hat, trotzdem der Unfall an der gefährlichen Stelle bereits eingetreten war. Derartige Fälle kennen wir aus früheren Berichten. Bei einer derartigen Auffassung mancher Sachverständigen werden die Berufsgenossenschaften ja geradezu gehindert, für Durchführung des nötigen Unfallschutzes zu sorgen.

Die W. sind halbamtliche Organe, die von Arbeitgebern einseitig verwaltet werden. Aufgabe der Behörden und Gerichte sollte es sein, als unparteiische Stellen darüber zu wachen, daß die W. ihre Aufgabe auch erfüllen. Statt dessen werden ihnen von dieser Seite Schwierigkeiten bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften gemacht.

Die Betriebsrevisionen finden in allen Fällen ohne vorherige Anmeldungen statt. In allen Fällen wurde Wert darauf gelegt, daß die Betriebsratsmitglieder von den technischen Aufsichtsbearbeitern zur Revision zugezogen werden. Das ist im Interesse der Arbeiterschaft nur zu begrüßen. Den Betriebsratsmitgliedern wird nachgesagt, daß sie in den meißten Fällen Verständnis für ihre Aufgabe zeigen. Wirklich heißt es: In einigen Fällen sind auch positive Vorschläge zur Verbesserung von Schutzvorrichtungen von Betriebsratsmitgliedern ausgegangen. Wir lesen also in dem diesjährigen Bericht nicht soviel Klagen über das Unverständnis, was die Arbeiterschaft dem Unfallschutz entgegenbringt. Es scheint gegen früher eine Besserung eingetreten zu sein.

Wegen Vergehen gegen die Unfallverhütungsvorschrift wurden in 26 Fällen Strafen in Höhe von 10-1000 Mk., insgesamt 5995 Mk., verhängt. Außerdem sind eine Anzahl Betriebe von der Berufsgenossenschaft in Verfolg von Unfällen für diese haftpflichtig gemacht worden. Der Gesamteindruck des Berichtes ist, daß der technische Aufsichtsdienst der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft sich bemüht hat, den Unfallschutz durchzuführen nach dem Grundsatz: Die Beseitigung der Unfallgefahr und Verhütung von Unfällen ist die beste Unfallentschädigung. Wir können nur wünschen, daß die Berufsgenossenschaften hierbei in allen Fällen die weitestgehende Unterstützung unserer Mitglieder finden. Aber die eingetretenen Unfälle und ihre Folgen werden wir in einem zweiten Artikel berichten. E. S.

Jugendbewegung.

Wir brauchen ein Jugendorgan.*

Ich will die Aufmerksamkeit auf die Frage der gewerkschaftlichen Schulung unserer jugendlichen Verbandsmitglieder richten. Wir wissen die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen achten uns im Betriebe veranlassen, sich zu organisieren. Aber es genügt nicht, daß gewerkschaftlich regelmäßig der Verbandsbeitrag gezahlt und selbst eine Versammlung besucht wird, in der man sich herzlich begrüßt und das unerschöpfliche Geheiß der erwachsenen Kollegen. (Bei diesen langweiligen Sachen dreht es sich um Eröffnungsreden nicht nur der Erwachsenen, sondern auch der Jugendlichen. Die Red.) Denn die heftigsten Sachen sind für den Jugendlichen oft böhmisches Dörfer, so Landwirtschaft, Schach, Schach, Arbeit, Arbeit, Gewerkschaften, Verbandsmitglieder, Verbandsmitglieder. Dem Jugendlichen muß erst das Verständnis für die Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und der dem einzelnen Mitglied erwachsenen Pflichten im besonderen erschlossen werden. Gewiß mußten wir alle einmal empfangen, die Fragen des öffentlichen Lebens zu verstehen und zu würdigen, aber wir wissen heute auch den Wert einer selbstbewußten Gestaltung zu diesen Dingen zu schätzen, ob wir sie gewonnen haben oder nicht.

Die Schulung des jugendlichen Gewerkschafters ist also eine besondere Aufgabe neben der Schulung der Erwachsenen. Im jugendlichen Menschen sind andere Vorstellungen lebendig als im Erwachsenen. Besondere die Kapital und Lohnarbeit, bürgerliche Gesellschaft, kapitalistische Produktionsweise usw. sind für ihn Worte ohne Inhalt, Schall- und Rauchvorstellungen. Begriffe aber brauchen wir zur Klärung unseres Bewusstseins. Die Frage ist: Wie gehen wir mit dem jugendlichen Arbeiter die rechten Mittel in die Hand, daß er sich über die elementarsten Vorgänge unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens klar wird und die Notwendigkeit und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung erkennt? Da ist zunächst für ihn aus den Verhältnissen, aus der Gewerkschaftsbewegung nicht viel zu holen und nicht jeder ist ein Wächter - es gibt ja auch andere Betätigungsmöglichkeiten als das Lesen dieser Bücher für den Jungen oder das Rädel, die oft zweckmäßiger sind, z. B. in der Arbeiterbewegung. (Zwischen zur Arbeit und zur Sport gibt es auch eine Mittelstufe, und die ist noch zweckmäßiger. Die Red.) Aber es ist notwendig, daß der jugendliche Arbeiter, wenn er sich vorsetzen, ein

mehr oder weniger umfangreiches Buches eine kurze interessante Geschichte oder einen ebenso gehaltenen Lehrrechen Aufsatz zu lesen, welcher dem Verständnis des Lesers angepaßt ist. Dazu dient das gewerkschaftliche Jugendorgan. Es wird schon deshalb mehr gelesen, weil es der Jugendliche als eine für ihn besonders bestimmte Gelegenheit betrachtet. Viele große und auch weniger große Gewerkschaften haben deshalb eine solche monatlich erscheinende Jugendzeitung geschaffen, und immer mehr geht man zur Schaffung derartiger Blätter über.

Unser Verband ist eine der größten deutschen freien Gewerkschaften. Sieht man sich die Zahlen an, so ist die Jugendbewegung ein Opfer der Inflation. Spätere Anstalten zu seiner Unterstützung (siehe den „Fachgenossen“, Jahrg. 1925 und 1926) wurden ruhen gelassen, weil die Vermögenslage bevorstand. Von ihr erhoffte man eine Lösung auch dieser Frage auf erweiterter Grundlage. Vielleicht nimmt sich der Hauptvorstand oder die Gewerkschaftsammlung der Sache an. Denn man hat kein Recht zu klagen über gewerkschaftliche und politische Uninteressiertheit und Radiofimmel der Jugend, wenn man sie nicht für spätere Funktionen schult.

Wir brauchen Gewerkschaftler! Schult uns die Jugend!

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Kürzung auch der „Altersrenten“ neben Unfallrenten?

Durch das Gesetz vom 25. Juni 1926 sind bekanntlich für die Invalidenversicherung die durch frühere Gesetze (vom 23. 7. 21 und 21. 7. 22) beseitigt gewesenen Rentenkürzungen bei gleichzeitiger Bezug von Unfallrenten wieder eingeführt, wenn auch in anderer Form. So ruht nach § 1311 R.V.D. in der neuen Fassung der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente, der in dem vom Versicherer bezogenen Teil der Vollrente der Unfallrente entspricht, wenn die Invalidität Folge eines entschuldigungspflichtigen Unfalls ist. Die Landesversicherungsanstalten stellen sich nun allgemein auf den Standpunkt, daß die Rentenkürzungen auch vorzunehmen sind, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung gar nicht wegen Invalidität, sondern wegen des Alters, wegen Vollendung des 65. Lebensjahres, zuerkannt wurde.

Gegen solche Rechtsauffassung hat sich kürzlich in mehreren Fällen das Oberversicherungsamt Schwerin ausgesprochen durch Aufhebung der Rentenkürzungsbefehle. In einem Falle wird zur Begründung ausgeführt:

Die Spruchkammer konnte die Voraussetzung des § 1311 R.V.D. (neue Fassung), nämlich, daß die Invalidität Folge eines entschuldigungspflichtigen Unfalls ist, nicht als erfüllt ansehen; es bliebe nach Ansicht der Spruchkammer dem Gesetze Zwang antun, wollte man unter die neue Rubenbestimmung des § 1311 auch die Altersrente nach der bis zum 1. Januar 1923 geltenden Fassung des Gesetzes mit einbegreifen. Die bisher von der Landesversicherungsanstalt gewährte Rente ist wegen Alters, nicht aber wegen Invalidität gewährt. Zwar dürfte heute kein Zweifel daran bestehen, daß der Berufende auch invalide im Sinne des Gesetzes ist, jedoch fehlt es immer an der Voraussetzung, daß die Rentengewährung durch die Folgen eines entschuldigungspflichtigen Unfalls bedingt ist. Der Berufende hat nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen einen Rentenanspruch auf Grund des besonderen Versicherungsfalles des Alters (Erreichung des 65. Lebensjahres). Dieser selbständige Anspruch kann durch die neuen Rubenbestimmungen nicht getroffen werden.

Da bisher das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung in der hier kritischen Frage noch nicht gefällt hat, ist allen Bezirkeämtern von „Altersrenten“ aus der Invalidenversicherung im Falle einer Kürzung im Sinne des § 1311 R.V.D. dringend zu raten, gegen den Kürzungsbefehl Berufung einzulegen, und zwar auch dann, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung nicht schon nach den alten, sondern erst nach den neueren Vorschriften wegen Vollendung des 65. Lebensjahres, also wegen Alters, nicht wegen Invalidität, zuerkannt wurde oder wird. Wenn auch hier fehlt eben die grundlegende Voraussetzung für die Rentenkürzung, nämlich, daß die Rentengewährung durch Folgen eines entschuldigungspflichtigen Unfalls bedingt ist.

Eine wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes.

Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich eine Entscheidung gefällt (Reichsvers.-Amt, II. a. K. 169. 25), die für die Versicherten in der Krankheitsversicherung sehr beachtlich ist. Nach den Satzungen einer Betriebskrankenkasse ist das Krankengeld vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit zu zahlen, falls die Krankheit länger als drei Wochen dauert. Ein Arbeiter, der vom 3. August bis zum 21. August krank gewesen war, klagte auf Grund der Satzungen der betreffenden Betriebskrankenkasse auf Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage, da er 22 Tage lang, also mehr als drei Wochen, krank gewesen sei. Beim Versicherungsamt und Oberversicherungsamt war eine Einigung nicht zu erzielen. Das Reichsversicherungsamt erkannte, daß dem Arbeiter das Krankengeld für die ersten Tage nicht zufließen. Bei der Berechnung der Frist mußte gemäß § 124 der Reichsversicherungsordnung der Tag ausgerechnet, an dem die Krankheit eingetreten sei. Da der Kläger am 3. August erkrankt ist, die Krankheit bis zum 24. August gedauert hat und somit nur einen zur Berechnung kommenden Zeitraum von drei Wochen umfaßt, so ist die Voraussetzung nicht erfüllt, unter der der Arbeiter das Krankengeld nach der Satzung vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit zufließen sollte. Da solche Fälle des öfteren sich ereignen, wäre es gut, wenn die Arbeiter sich diese Entscheidung merken würden. Abgesehen davon, erscheint uns diese Auslegung der Reichsversicherungsordnung sehr engherzig. Was geht auch schon daraus hervor, daß die beiden vorhergehenden Instanzen sich nicht einig werden konnten.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Notwendigkeiten.

Nicht wenn ich meine Beitragsmarken regelrecht eingeklebt oder jede Versammlung besucht habe, bin ich ein tüchtiger Gewerkschaftler. Die Gewerkschaft braucht immer neue Mitglieder. Sie der Gewerkschaft zuzuführen, sollte meine vornehmste Aufgabe sein. Nicht nur Mitglieder, sondern auch Mitstreiter sollen diese von mir gewonnenen Mitglieder sein. Hier ergibt sich die Aufgabe der Aufklärungsarbeit. Wer da meint, es sei durch die bloße Mitgliedschaft getan, der bedarf selber der Aufklärung.

Leider aber wissen die meisten nicht, warum es in unserer Bewegung so langsam vorwärts geht. So wie ein fleißiger Kirchensänger gedankenlos alles nachplärrt, so ist es auch bei uns zum Teil eingetreten.

Kollegen und Kolleginnen! Wir kommen über die Kleinarbeit nicht hinweg. Immer wieder müssen wir anfangen, was uns manchmal nicht gelingt. Wer ist der Verband? Du und ich. Wenn wir beide verlegen, dann geht es eben nicht vorwärts. Da hat nicht der oder der Bonze schuld, da sind wir es alleine. So wie die Masse, so die Führer.

Zum Tuschel noch einmal, wenn ich meine Pflicht tue, kann ich auch Wahrheiten sagen. Aber ich kann ja gar nicht schlafen, weil ich sie selber nicht getan habe. Aber man be-

rühlig sein Gewissen, wenn man bei anderen nach Fehlern sucht.

Wir reden von diesem und jenem, wünschen, daß es so sein möge. Aber der Weg dahin? Was nützt alles Reden, was bleibt die Tat? Ihr braucht keine wissenschaftlichen Werke zu lesen, um die Ursachen zu erforschen. Seht euch in eurem eigenen Gebäude um. In jedem einzelnen Teil spiegelt sich das Gesamtbild wider.

Der größte Teil unserer Kollegen arbeitet an Maschinen, und da weiß er, wenn ein Teilchen nicht gut funktioniert, hapert es allerwärts. Also: Jedes Teilchen gut geölt und richtig eingefügt, dann geht es auch.

Die Maschinenrie unserer Gewerkschaftsbewegung ist nicht ganz in Ordnung. Nachgesehen und geprüft, und es geht vorwärts. Hans Finger.

Rundschau.

Der Werksgemeinschaftsgedanke in der Praxis.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bringt unter der Überschrift „Das Los der älteren Arbeiter“ einen Beweis, wie falsch und verlogen sich der Gedanke der Werksgemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer erweist, wenn er der Belastungsprobe der Wirtschaftskrise ausgesetzt wird:

Um das Schicksal älterer und „verbrauchter“ Arbeiter festzustellen, die vornehmlich der Rationalisierung der Betriebe zum Opfer fallen, hat der christliche Metallarbeiterverband eine Umfrage vorgenommen. Die Fragestellung war folgende: Sind bei den Betriebsumstellungen und Betriebsänderungen oder sonst bewußt, also mit Absicht, wegen ihres Alters oder wegen ihrer gesunkenen Leistungsfähigkeit ältere Arbeiter entlassen worden? Diese Frage wurde 304 mal bejaht. Insgesamt, so wird weiter angegeben, wurden entlassen 24093 ältere Arbeiter. Ihr Lebensalter schwankte in der Regel zwischen dem 50. und dem 70. Jahre. In Einzelfällen wurden jedoch auch schon 45-, 47- und 48-jährige aus diesem Grunde entlassen. In der Regel blieben diese Entlassenen auf eine ununterbrochene Beschäftigung im Dienste ihrer Betriebe zurück von 15 bis 28 Jahren. Das Dienstalter mehrerer dieser Entlassenen beträgt sogar bis über 40 Jahre. Selbst mehrfach ausgezeichnete Jubilare der Arbeit und solche, die Jahrzehnte hindurch Beiträge in Werkspensionskassen leisteten, wurden rückwärtslos, anstandslos ohne irgendeine Entschädigung oder Rente der Werke entlassen. Auf jeden der erfaßten Betriebe entfielen im Durchschnitt 80 solcher bedauerlicher Opfer der neuen Arbeits- und Betriebsweise.

Das Zentralblatt knüpft an diese Vorgänge die Forderung auf besseren gesetzlichen Schutz gegen Entlassung älterer und „verbrauchter“ Arbeiter, ferner die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung sowie einer besseren Alterspensionsversicherung überhaupt. Auch wir unterstützen die Forderungen als die dringend notwendigsten und fügen ihnen noch als gewerkschaftliche Selbsthilfe hinzu: Die Einführung gewerkschaftlicher Alters- und Invalidenunterstützung, wie sie der Fabrikarbeiterverband plant.

Wir werfen aber auch die Frage auf: Ist diese von den meisten Werken geübte Praxis, alte und „verbrauchte“ Arbeiter auf die Straße zu werfen, nicht die allerschärfste Kritik an dem Werksgemeinschaftsgedanken? Werksgemeinschaft? Ja, solange die Arbeiter gesund und leistungsfähig sind, aber Entlassung aus den Betrieben, Ausschluß aus der „Werksgemeinschaft“, wenn sie alt, krank, arbeitsunfähig und elend sind. Darum nicht Werksgemeinschaft, sondern Gemeinschaft aller Arbeiter in der Gewerkschaft! G. R.

Amerikanische „Werksgemeinschaft“ bei schlechtem Geschäftsgang.

Wir haben in neuerer Zeit Wunderdinge gehört von der sozialen Fürsorge der amerikanischen Unternehmer für ihre Arbeiter, von der „Überwindung des Klassen Gegensatzes“ in Amerika durch „Werksgemeinschaft“. Die Werksgemeinschaftsidee in moderner Aufmachung, die „sozialistische Rationalisierung der Arbeiterschaft“ ist ja zusammen mit der Fließarbeit aus Amerika nach Deutschland importiert. In Tausenden von Zeitungsartikeln, Broschüren und Büchern hat man das hohe Lied sozialer Fürsorge amerikanischer Unternehmer gesungen. Augenscheinlich ist es aber damit dann zu Ende, wenn das Geschäft nicht gut geht, wie folgende Nachricht der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 29. Mai 1927 erkennen läßt:

Einer Meldung aus Boston zufolge hat die American Woolen Co. die Zahlung der Versicherungsbeiträge für ihre 25 000 Angestellten unter der Begründung eingestellt, daß sie sich zu dieser Maßnahme durch die gegenwärtige Wirtschaftslage gezwungen sehe.

Darin sind sich die Unternehmer aller Länder gleich, die amerikanischen und die europäischen: Die soziale Fürsorge darf nicht den Geldbeutel belasten, darf nicht den heiligen Profit gefährden. Ist das der Fall, dann fliegt auch die schönste „Werksgemeinschaft“ auf. G. R.

Eine Warnung vor Schlafmitteln.

In einer Schrift über die Neurositik warnt Dr. med. Kapferer vor dem Gebrauch von Schlafmitteln. Der künstliche Schlaf durch Alkohol, Veronal usw. ist nicht erfrischend, er befähigt das Gehirn und schwächt die Nerven durch den Gebrauch des Giftes. Außerdem hat der Körper große Mühe, die Medikamente wieder aufzuheben. Dr. Kapferer empfiehlt gegen Schlafmittel eine naturgemäße Lebensweise, viel Bewegung, Tiefatmen, Luftbäder und Packungen.

Briefkasten.

12 alte Mitglieder aus Meinfelden, Wielen, Grenzsch. Wer vom Hauptvorstand verlangt, daß er Beschwerden prüft, darf nicht anonym schreiben, sondern muß offen und frei Namen nennen, damit er Rückfragen stellen kann.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die weltwirtschaftliche Lage der Chemischen Industrie.

Als Grundlagen für die Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz und namentlich der Ausschüsse, welche die verschiedenen Gegenstände der Tagesordnung vorzubereiten hatten, veröffentlichte das Völkerbundsekretariat vor dem Zusammentritt der Konferenz eine große Anzahl von Denkschriften, wovon einige die Lage der weltwirtschaftlich wichtigsten Industrien behandeln. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Industrien und Ländern sehr verschieden. Im allgemeinen aber hat der Umfang der Produktion von Rohstoffen und Fabrikkästen zugenommen. Wird die Produktionsziffer im Jahre 1913 gleich 100 gesetzt, so betrug sie 1925 für Kunstseide 660, Petroleum 277, elektrische Maschinen 201, Stickstoff 168, Naturselbe 156, Zucker 142, Schwefelsäure 126, Rohstahl 118, Maschinen (ohne elektrische-Maschinen) 108 usw. Die Kohlenförderung und die Roheisenproduktion weisen geringfügige Rückgänge auf. Die Produktionsziffer der Schiffbauindustrie sank von 100 1913 auf 66 1925.

In Europa war der Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung langsamer als in Nordamerika und in Asien; das gilt besonders für die Produktion von Heizstoffen, die Eisen- und Stahlerzeugung, den Maschinenbau und die Textilindustrie.

Die chemische Industrie hat sich, abgesehen von der Erzeugung von Leerfarbstoffen, in Europa und Nordamerika in ungefähr demselben Maße ausgebreitet.

Werden wieder die Produktionsziffern des Jahres 1913 gleich 100 gesetzt, so ergibt sich hinsichtlich einiger wichtiger Zweige der chemischen Industrie nachstehender Vergleich:

Produktion von	Europa ohne Rußland		Nordamerika	
	1924	1925	1924	1925
Schwefelsäure	—	99	—	200
Stickstoff	204	249	285	298
Superphosphat (Kunstdünger)	97	104	91	108
Leerfarbstoffe	79	—	1038	—

Die Gesamtproduktion von Anilinfarbstoffen wird in einer der Weltwirtschaftskonferenzen vorgelegten Abhandlung von C. Ungemitter (deren Angaben von französischer und englischer Seite in manchen Punkten angezweifelt wurden), wie folgt geschätzt:

	1913		1924	
	Tonnen	Prozent der Weltproduktion	Tonnen	Prozent der Weltproduktion
Deutschland, Inlandsproduktion	127 000	82	72 000	46
Deutschland, Auslandsbetriebe	10 000	6	—	—
Vereinigte Staaten von Amerika	3 000	2	31 000	20
Großbritannien	5 000	3	19 000	12
Schweiz	10 000	6	10 000	6
Frankreich	2 000	1	15 000	9
Italien	—	—	5 000	3
Japan	—	—	6 000	4

Bemerkenswert ist die starke Steigerung der Erzeugung künstlicher Farben in Nordamerika, welche die dortige Vorkriegsproduktion um mehr als das Zehnfache übertrifft. In Europa hat diese Industrie einen Rückgang zu verzeichnen. Vor dem Kriege wurde der größte Teil aller künstlichen Farbstoffe in Deutschland hergestellt. Durch den Kriegsausbruch wurde die Ausfuhr lahmgelegt, und sowohl die gegnerischen kriegsführenden wie die neutralen Staaten hatten die Eigenproduktion in Angriff zu nehmen. In den Vereinigten Staaten wurde damit ein großer Erfolg erzielt, so daß sie jetzt einen Ausfuhrüberschuß aufweisen. Die amerikanische Konkurrenz im Handel mit künstlichen Farben macht sich besonders in Ostasien geltend. Trotz des Aufschwunges der amerikanischen Farbenindustrie bleibt jedoch die Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten noch weit hinter jener Deutschlands zurück. Die Ausfuhr Deutschlands ist jetzt gegenüber 1913 zwar viel geringer, doch ist zu beobachten, daß sie zu einem großen Teil aus hochwertigen Spezialitäten besteht, so daß das verminderte Mengenverhältnis nicht eine entsprechende Wertverminderung bedeutet. In Großbritannien überwiegt ebenfalls die Ausfuhr bereits die Einfuhr, während vor dem Kriege das Verhältnis umgekehrt war.

Die Gewinnung und Erzeugung von Stickstoff, der vorwiegend Düngemitteln dient, hat seit der Vorkriegszeit große Fortschritte gemacht, ganz besonders in Deutschland. Die wichtigsten Produktionsländer sind folgende:

	Produktion in 1000 Tonnen		
	1913	1924	1925
Deutschland	121	360	450
Großbritannien	90	86	88
Frankreich	18	29	33
Vereinigte Staaten	36	102	98
Chile	490	367	365
Japan	3	27	33

Deutschland ist von der Einfuhr unabhängig geworden und in die Lage gekommen, ansehnliche Mengen auszuführen. In Großbritannien überwiegt gleichfalls die Ausfuhr, in den Vereinigten Staaten von Amerika jedoch die Einfuhr.

Der Chilealpeter ist aus seiner Monopolstellung verdrängt worden, aber auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig geblieben. Seine Stellung wird durch die hohen Ausfuhrzölle erschwert, die Chile im Interesse der Staatsfinanzen erhebt. Fiele diese fort, so würde dem synthetischen Stickstoff die Konkurrenz fühlbarer werden als heute. Trotzdem bleiben die durch die Entwicklung der europäischen und besonders der deutschen

Stickstoffindustrie bedingten Veränderungen in der Bereitstellung und in der Preisbildung von Düngemitteln weltwirtschaftlich ein großes Ereignis.

Die Erzeugung wie die Ausfuhr von Superphosphaten ist in Deutschland und in Großbritannien gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen; weitaus die wichtigsten europäischen Produktionsländer sind jetzt Frankreich und Italien; bezüglich der Ausfuhr steht jedoch Belgien an erster und Frankreich an zweiter Stelle. (1925: Belgien 218 000 Tonnen und Frankreich 197 000 Tonnen Ausfuhrüberschuß.)

Die Vereinigten Staaten von Amerika erzeugen zwar die größten Mengen von Superphosphaten, doch haben sie ihre Produktion in der Nachkriegszeit nicht vermehrt; sie betrug 1913 3,2, 1923 3,1 und 1924 2,8 Millionen Tonnen. Nur ein ganz geringer Teil dieser Produktion wird ausgeführt. Andere wichtige außereuropäische Produktionsländer sind Japan und Australien. S. F.

Rundgang durch einen rationellen Betrieb.

Vor längerer Zeit hat es Aufsehen erregt, daß die Chemische Fabrik Centner in Göttingen in ihrem Betrieb die 42stündige Arbeitswoche eingeführt hat. Es wird an fünf Tagen je acht Stunden und 25 Minuten gearbeitet. Die Arbeiter werden durchgängig im Akkord beschäftigt, die Akkordverdienste sind befriedigend. Die Handwerker arbeiten zum Teil am arbeitsfreien Sonnabend, soweit Reparaturen im Betrieb notwendig sind. Am Sonntag brauchen überhaupt keine Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Es ist auch bekannt geworden, daß durch die Rationalisierung die Arbeiterzahl in diesem Betrieb von 350 auf 150 herabgedrückt worden ist.

Der technische Leiter des Werkes, Herr Dr.-Ing. Haeblerle, hat diese Tatsachen im vorigen Jahre in der „Frankfurter Zeitung“ besprochen und dabei hervorgehoben, daß die für die Neuorganisation aufgewendeten erheblichen Kosten schon nach wenigen Monaten amortisiert worden sind.

Vor einiger Zeit hatten wir Gelegenheit, den Betrieb unter Leitung des Herrn Dr. Haeblerle zu besichtigen. Wir gewannen den Eindruck, daß die Rationalisierung mit verhältnismäßig einfachen Mitteln durchgeführt ist. Grundprinzip ist bei der Rationalisierung gewesen, den Strom des Rohmaterials auf kürzestem Wege der Produktion zuzuleiten, bei der Produktion selbst alle unnötigen Bewegungen und Handgriffe auszuschalten und das fertige Produkt in der Bewegungsrichtung des Arbeitsstromes in die Lager und zum Transport zu bringen.

In der Lederpulver-Abteilung werden die notwendigen Farben handgerecht in Regalen untergebracht. Die Ergänzung des Farbmateriäls in den Regalen erfolgt nach einfachen Arbeitszetteln durch die Transportabteilung, ohne daß dadurch die Produktionsarbeiter berührt werden. Nach denselben Arbeitszetteln werden die Farben den Mühlen zugeführt und mechanisch an den Arbeitsplatz gebracht. Durch mehrere Mühlen und auffallende Etikettierung der Farbbehälter werden überflüssige Handgriffe vermieden und die Produktion automatisch am Arbeitsplatz bestimmt.

Am Arbeitsplatz selbst läuft ein vierteleiltes Band. Die dort beschäftigten Arbeiterinnen haben verschiedene Funktionen auszuüben, die sich gegenseitig ergänzen. Es gibt Haupt- und Nebenarbeiten. Dadurch wird erreicht, daß nicht jeder Platz des Bandes mit Arbeitsstoff belegt sein muß und daß durch Übergehen eines auf dem Band befindlichen Arbeitsproduktes keine Störung im Lauf des Bandes und damit in der Produktion erfolgt. Eine ideale Einrichtung, die die Arbeiter befriedigt und jedes Hezen und Nachlaufen des Arbeitsstückes am Bande vermeidet.

In der Schuhcreme- und Bohnerwachs-Abteilung kann am Band nicht gearbeitet werden. Durch genau berechneten und ausprobierten Wechsel der Arbeiter an den einzelnen Arbeitsstufen wird kontinuierliche Arbeit erzielt. Das Aufstellen, Füllen, Schließen und Abnehmen der fertigen Bohnerwachs- und Schuhcreme-Schachteln vollzieht sich reibungslos, wobei wieder die Arbeiter an den einzelnen Tischen, an denen die Arbeiterinnen wandern, so verteilt sind, daß stets Ergänzungskräfte für Nebenarbeiten zur Verfügung stehen, so daß auch in diesem Falle die minutöse Heze, wie man sie in anderen Betrieben am Band findet, nicht beobachtet wird.

In der Seifenpulverfabrik wird nach demselben Grundsatze gearbeitet. Auch hier der Richtungsstrom vom Seifenkessel über den Seifenpulverbetrieb bis zur Füllung und Verpackung. Daß beim Verpacken die benötigten Kartons handgerecht aufgestellt werden und ohne Festhalten bedient werden können, versteht sich in einem solch gut eingerichteten Betrieb von selbst. Auch die Kartonen- und Kistenherstellung ist nach demselben Prinzip geregelt.

Wenn auch in der Seifenpulverfabrik während des Betriebes von uns noch Mängel wahrgenommen wurden, die nach Angabe der Betriebsleitung und der Arbeiter jedoch bald beseitigt sein werden, so kann der Gesamtbetrieb als vorbildlich angesprochen werden. Dabei lassen wir nicht außer Acht, daß die Einschränkung der Arbeiterzahl von 350 auf 150 eine harte Maßregel darstellt, namentlich in Zeiten großer Arbeitslosigkeit. Die Firma hat aber selbst versucht, dieser Maßregel dadurch entgegenzuarbeiten, daß sie die Arbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche verkürzte. Wie schon oben bemerkt, haben sich die Arbeiter, soweit wir Gelegenheit hatten mit ihnen zu reden, befriedigend über den jetzigen Betrieb ausgesprochen. Herr Dr. Haeblerle erklärte uns auch freimütig, daß die Unternehmer bei ihren Rationalisierungsbestrebungen meist sehr kurzfristig vorgehen. Nach seinen Erfahrungen brauchen die Unternehmer eine über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit nicht. Außerdem kann die Industrie nur bestehen, wenn die Konsumkraft der Arbeiter geboten wird. Deshalb müssen auch auskömmliche Löhne gezahlt werden. Wenn in seinem Betrieb Stundenlöhne überhaupt nicht gezahlt werden, vielmehr ausschließlich im Akkord gearbeitet

wird, so hat das seinen Grund darin, daß durch die Akkordarbeit das Interesse der Arbeiter geweckt wird. Sie müssen aber die unbedingte Garantie haben, daß bei höherer Leistung eine Reduzierung der Akkordpreise nicht eintritt. Diese Garantie ist bei Centner gegeben, deshalb besteht ein gutes Einvernehmen zwischen der Arbeiterschaft und der Werkleitung. Auf Grund unserer gemachten Erfahrungen können wir diesen Angaben beipflichten. O. Haupt.

Die Arbeitszeit in der Chemischen Industrie.

Der ADGB hat in der Woche vom 25. bis 30. April 1927 durch die Ortsausschüsse Erhebungen veranstaltet über die Arbeitsdauer in sieben ausgewählten Industrien. Aus unserem Agitationsgebiet wurde die chemische Industrie mit erfasst. Nach Ländern geordnet ist folgendes Resultat festgestellt worden:

Wöchentliche Arbeitszeit einschl. der Überstunden in der chemischen Industrie.

Landestelle	Anzahl der Arbeiter	Es waren L. arbeitslos als					
		unter 48 Stunden	48	48-51	51-54	über 54	
Baden usw.	10 961	6	2	70	—	21	2
Bayern	13 704	16	1	31	13	34	5
Rheinl.-Westf.	29 594	1	1	20	5	59	14
Hessen	21 861	4	16	26	2	51	1
Thüringen	6 342	—	—	54	—	15	31
Pr.-Sachsen	30 394	—	—	32	55	5	8
Freist. Sachsen	20 973	1	6	86	4	2	1
Brandenburg	8 045	2	13	55	4	26	—
Schlesien	7 753	2	5	67	4	11	11
Hannover	7 593	10	7	56	8	15	4
Hamburg usw.	17 166	1	—	79	3	10	7
Oldenburg	1 249	—	14	55	19	8	4
Ostpreußen	378	—	—	44	—	54	2
Zusammen	176 013	3	4	47	13	26	7

Chemische Werke vorm. J. u. E. Albert, Amöneburg.

Die Chemischen Werke vorm. J. u. E. Albert, Amöneburg bel. Betrieb vertellen für das Jahr 1926 bei einem Reingewinn von 528 454 Mk. eine Dividende von 6 Prozent. Der Vorstand sagt im Geschäftsbericht, daß die mangelnde Kaufkraft der Landwirtschaft sich auch im Jahre 1926 fühlbar gemacht hat. Gleichwohl konnte der Absatz im Düngemittelgeschäft gegen das Vorjahr etwas erhöht werden. Es wird dann, wie üblich, über die großen Steuerlasten und über den Mangel eines ausreichenden Schutzzölles für Superphosphatdüngemittel geklagt. Das Chemikaliengeschäft hat sich für einige Artikel befriedigend gestaltet, während für andere der Export nach einzelnen Ländern durch hohe Eingangszölle erschwert wurde.

Die Angaben sind mit Vorbehalt zu genießen. Die Superphosphatindustrie ist zweifellos in der Nachkriegszeit zurückgegangen. Die Landwirte haben scheinbar das größte Gewicht auf Anwendung von Stickstoffdünger und Kali gelegt. Daß dieser Zustand durch Zollschuß geändert werden kann, muß bestritten werden. Auch die mangelnde Kaufkraft der Landwirte scheint nicht ausschlaggebend zu sein. Nachdem die J. u. E. Farbenindustrie ein neues Phosphordüngemittel auf den Markt gebracht hat, erwies sich die dazu vorhandene Fabrikanlage sofort zu klein, weil die Landwirtschaft dieses neue Phosphordüngemittel außerordentlich schnell aufnahm. Die Dividende von 6 Prozent läßt auch darauf schließen, daß die Klagen über hohe Steuerlasten und mangelhaften Zollschuß nicht traglich zu nehmen sind.

Papier-Industrie

Hohe Löhne, niedrige Arbeitszeit und niedrige Preise.

Bei uns ist es bekanntlich anders. Da behaupten die Unternehmer aller Schaffierungen, daß nur niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, dafür aber hohe Preise die Wirtschaft retten können.

Daß es auch anders geht, beweist uns ein Bericht in der „Papierzeitung“, Nr. 43 von 1927, den im Auftrage der Studienkommission des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industrien Herr Kuhfus am 25. April 1927 aus Philadelphia (Nordamerika) erstattet, und in dem es über den Besuch der Holpoker Papierfabriken heißt:

Wir besichtigten die Amerikan-Whiting Paper Comp., welche Firma 16 Feinpapierfabriken besitzt, von denen sich acht und die umfangreichen Laboratorien mit Versuchsanstalt in Holpoko befinden. Das Laboratorium untersteht einer Dame. Auf unsere Bitte erhielten wir Muster aller anderen Erzeugnisse, wie z. B. Bücherpapier, Postpapier, weiß und farbig, Karton aller Art, Wänterfah usw.

Die Firma, die mir eine Zusammenstellung der 16 Fabriken in verkleinertem Gesamtbild übergab, beschäftigt 3500 Arbeiter, davon 2500 in Holpoko. An kaufmännischem Personal waren 175 Personen vorhanden. Das Kapital betrug 20 Millionen Dollar. Man sagte uns, daß täglich 350 Tonnen Papier mit 40 Papiermaschinen in drei Schichten erzeugt würden und daß der Jahresumsatz 15 Millionen Dollar betrage. Die Papiere waren vorzüglich, wie überhaupt in Amerika weit bessere Papiere verwendet werden als in Deutschland. Hier und auch bei späterer Gelegenheit erschienen uns die Papierpreise niedriger als bei uns.

Also höhere Löhne, wie wir aus einem früheren Bericht dieser Kommission bereits berichtet haben, Einhaltung des Dreischichtensystems, niedrigere Preise und trotzdem bessere Qualität der Papiere als in Deutschland, das sind die Geschäftsmethoden der amerikanischen Konkurrenz, und da wollen uns die deutschen Papierfabrikanten bei ihren niedrigen Löhnen und ihrer teilweise gerade in der Feinpapierfabrikation übermenschlich langen Arbeitszeit immer noch weismachen, daß sie mit dem Auslande auf dem Weltmarkte nicht in Konkurrenz treten können. Der Bericht dieser deutschen Studienkommission des Api, an der auch Dr. Feldgen, der

Syndikus dieses Arbeitgeberverbandes, beteiligt ist, beweist uns das Gegenteil.

Wir sind gewiß, daß die deutschen Unternehmer auch gegenüber dieser Beweisführung um Ausreden nicht verlegen sein werden, doch können sie kaum erwarten, daß diese von der deutschen Papierarbeiterschaft noch geglaubt werden.

G. Stähler.

Die Feldmühle.

Unter dieser Überschrift haben die Papier- und Zellstoffwerke, A. G. Feldmühle, Stettin, die erste Nummer einer neuen Werkzeitung am 28. Mai 1927 herausgegeben. Beachtet man die Tatsache, daß die Wahlbeeinflussungsversuche der Werksleitung anläßlich der Betriebsratswahl vollkommen ergebnislos waren, so stellt die Herausgabe dieser Werkzeitung immerhin ein starkes Stück dar.

Die neue Werkzeitung soll den Zweck haben, das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Verbundenheit mit der Firma bei allen Mitarbeitern der Feldmühle zu stärken. Wir sind nun allerdings der Auffassung, daß diese Ziele durch anständige Löhne und Gestaltung sozialer Arbeitsverhältnisse wesentlich leichter erzielt wird als durch eine Werkzeitung, deren Inhalt mehr als dürftig ist.

Da ist zunächst einmal auf der Titelseite ein Artikel über landwirtschaftliche Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in dem der Arbeiter etwas von Kartoffeln, Obst- und Gemüseerzeugung, Schweinezucht und anderen landwirtschaftlichen Dingen erzählt wird. Es handelt sich in diesem Artikel um statistische Zusammenstellungen, die jede Zeitung, selbst das kleinste Dorfblatt, längst gebracht hat.

Ein zweiter Artikel bezieht sich „Politischer Rundfunk“. Rundfunk im Sinne der Politik heißt schlichte Übermittlung von Nachrichten aus dem nationalen und internationalen Leben der Völker. Der politische Rundfunk der Feldmühlenerzeitung bringt aber nur längst bekannte, von der Tagespresse hundertmal erörterte politische Neuigkeiten, die allerdings keine Neuigkeiten mehr sind.

Einem Satz aus diesem politischen Rundfunk empfehlen wir aber besonders der Feldmühlenerzeitung und den von ihr gebildeten Leservereinen stets im Auge zu behalten, da dieser nicht nur für Frankreich, sondern auch für den Reichspolitiker Deutschlands volle Geltung besitzt. Dieser sehr vernünftige Satz lautet: „Es entspricht den Forderungen der Vernunft, daß Frankreich weniger Truppen am Rhein hält, denn dieser Militarismus kostet viel Geld und führt zu dauernden Zwischenfällen, unter denen der Gedanke einer Verständigung zwischen den Nationen leiden muß.“

Der nächste Artikel bezieht sich auf die dreijährige drahtlose Telegraphie, die sich mit der Erfindung Marconis. Derselbe ist dem Grundgedanken nach in jedem Leserkreis zu finden und hat in ähnlicher Aufmachung den technisch-wissenschaftlichen Teil der Tageszeitungen schon einige hunderte Male passiert. Auf derselben Seite findet sich eine Stimmische Novelle, in der so ziemlich in jeder Zeile etwas von Königen, Rüstern und sonstigen blaublättrigen Gezeiten erzählt wird; zweifellos auch eine sehr nette Sekstire für Arbeiter. Dann folgen Ratsschlüsse, was aus den Jungen werden soll. Selbstverständlich wird darin den Eltern nicht weis gemacht, daß der aus der Schule entlassene Junge unter allen Umständen Papierprolet werden soll, wenn man nicht vielleicht die folgenden Sätze zu denken will: „Man spricht in Arbeiterkreisen so viel und gern von den Verhältnissen in Amerika. Wenn man sich auch nur in diesem Punkte Amerika zum Vorbild nehmen möchte. Dort gilt das Wort: 'daraus nicht als feiner'. Im Gegenteil, der richtige Praktiker, der seine Maschine tadellos zu bedienen weiß, der vertraut mit ihr ist, ist am meisten gesucht und am besten bezahlt.“

Leider kann das Letztere von der Maschinenarbeit in der Feldmühle nicht gesagt werden. Weiterhin folgt dann ein Artikel „Aus der Geschichte der Feldmühle“. In diesem wird der Lebenslauf von Dr. Leo Gottstein kurz skizziert und die Gründung seiner Zellstoff-Fabrik behandelt. Dann kommt ein Bericht über die Fahrenweise des Männergesangsvereins Feldmühle in Schwobien. Zu Ehren der Tatsache, daß an dieser Fahrenweise auch der Generaldirektor Hans Gottstein und der Betriebsdirektor Paul Benginger teilgenommen haben, werden die Bilder dieser beiden Herren und ihrer Damen gegeben. Selbstverständlich fehlt auch das Bild des Festredners nicht, dessen Rede anzuhören in den Worten: „Im Liede stark, deutsch bis ins Mark!“

Wir haben selbstverständlich auch dagegen nichts einzuwenden, wünschen nur, daß das deutsche, ins Mark dringende Gefühl, durch die Feldmühle bei der Entlohnung ihrer Arbeiter in ausreichende Reichhaltigkeit umgemünzt wird. Es folgt dann noch eine Notiz über den drohenden Erdmangel in Amerika, zweifellos eine interessante Lektüre im Zeichen der Elektrizität. Weiterhin wird die Fliege als Rindesmäderin behandelt und in einem anderen Artikel Ratsschlüsse über den Gartenbau im Juni erteilt. Auch die dritte Seite fauler Wiße und alter Hasener, die bereits aus der Ähre noch stammen, verbessern den Inhalt der Werkzeitung nicht. Die letzte Seite bringt eine Aufforderung an die Arbeiterschaft zur Mitarbeit an der Werkzeitung, die wegen orthographischer Fehler niemand zu schenken braucht, dazu einige Familiennachrichten und zum Schluß den Fahrplan der Strecke Stettin-Groß-Pogorzell.

Die ganze Werkzeitung bietet in keiner Beziehung etwas Neues oder gar Beliebiges. Dafür darf aber der geistige Inhalt nur nachgedacht werden unter Anwesenheit und vorheriger Einholung der Genehmigung der Hauptgeschäftsführung. Ja, bemerkenswert ist noch, daß dieses wunderbare Werkorgan in Düsseldorf gedruckt und verlegt wird und daß der preisgünstige Redakteur in Schlesien zu Hause ist. Daraus ist zu schließen, daß dieses Wäffchen als Werkzeitung für die verschiedenen Industriezweige dient und daß lediglich der Kopf geändert und einige lokale Angelegenheiten hinzugefügt werden. (Wahrscheinlich ein Erzeugnis der „Dima“-D. G.) Diese Werkzeitung soll jeden Sonnabend an die Werksangehörigen kostenlos verteilt werden.

Der Inhalt dieser faulen Werkzeitung zeigt eigentlich nicht dazu, daß wir uns mit derselben befassen. Wenn wir es trotzdem getan haben, so nur, um zu beweisen, wie die Feldmühlenerzeitung die geistige Beeinflussung ihrer Arbeiterschaft betreibt, und daß die geistige Kraft, die sie in dieser Werkzeitung ihren Arbeitnehmern bietet, kaum an den Durchschnit eines Provinzblattes heranreicht.

Es ist anzunehmen, daß die Feldmühlenerzeitung bei Herausgabe der ersten Nummer ihrer Werkzeitung nach dem Grundgedanken der Forderung der geistigen Beeinflussung der Arbeiterschaft in den größten Betrieben nicht ausgenutzt. Die im Berichtsjahr erzielte Zunahme ist: Hauptkategorie auf die technische Verbesserung der Erzeugung zurückzuführen.

Table with 4 columns: Erzeugung in Brutto-Tonnen, Papier, Pappe, Zellstoff Holzschliff. Rows for 1925/26, 1926/27, 1927/28.

Unter Annahme von Pappe und Holzschliffen auf Papier bezifferte sich die Gesamtproduktion im Berichtsjahr auf 344.450 Tonnen gegen 266.511 Tonnen im Vorjahre (+ 16,2 %). 1927 betrug die Papiererzeugung auf dem heutigen Gebiet der Werra 239.277 Tonnen, wozu die Erzeugung 1925/1926 die Vorkriegszeitung beträchtlich überholt hatte. Die Zahl der Maschinen-Erweiterungen im Jahr ist um 10,8 Prozent gestiegen (von 638/500 auf 707/200). Die Verlegung der Fabriken mit den wichtigsten Kapazitäten, Papierfabrik und Papier, verließ ohne Störung. Die Zusammenfassung der Erzeugung weist, verglichen mit dem Vorjahr, gewisse Veränderungen auf:

Table with 4 columns: 1924/25, 1925/26, Brutto-Tonnen, in %. Rows for Zusammen, davon: Schreibpapier, Druckpapier, Zellungspapier, Packpapier.

Die stärkste Zunahme — absolut und relativ — weist Packpapier auf, wogegen die Erzeugung von Druck- und Zellungspapier einen Rückgang zeigt, der im wesentlichen durch Einfuhr ausgeglichen wurde. Die Einfuhr von Papier und Pappe belief sich 1925/26 auf 128.198,5 Tonnen gegen 117.874,8 Tonnen im Vorjahre.

Der in den letzten Jahren auf dem Markte zu beobachtende Papiermangel hat 1925/26 sehr merkliche Abschwächung erfahren. Der Gesamtabsatz bezifferte sich im Berichtsjahr auf 111.722.000 Kubel gegen 85.314.000 Kubel 1924/25. (Heft 4/5 der Zeitschrift „Die Volkswirtschaft der Union der GER“, Jahrgang 1927.)

Die Einigkeit der deutschen Tapetenfabrikanten.

Der Verband deutscher Tapetenfabrikanten und der Tapetenfabrikanten-Verein tagten am 7. Mai d. J. in einer Kommissionssitzung in Frankfurt a. Main. Jede Organisation hatte 5 Vertreter entsandt, den Vorsitz führte der Vorsitzende der Fachgruppe Tapetenfabrikation im Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie, Herr Rubemann.

Die Tagung hatte den Zweck, in der Preisbildung, den Verkaufsgrundlagen und in der Bekämpfung der wirtschaftlichen Gegner eine Verständigung zu erzielen.

Zunächst wurden neue Vereinbarungen über die Umsatzprämien getroffen. Desgleichen wurde eine Verständigung über die Preise erzielt. Fernerhin einigte man sich über die Länge der Tapetenrollen. Außerdem kam eine Verständigung zustande, daß für Lieferungen von kleinen Stückzahlen ein Prozentsatiger Preiszuschlag genommen wird. Weiterhin wurde eine Verständigung über die Verkaufsbedingungen nach dem Saargebiet erzielt. Für Rammtapeten wurden Rabattsätze aufgestellt. Der Reisebeginn der neuen Kollektion wurde auf den 1. August festgesetzt. Bei der Herausgabe von Kampfmustern wollen beide Verbände Hand in Hand arbeiten. Fernerhin wurden Richtlinien aufgestellt über die Verhältnisse der Tapetenfabrikanten zu ihren Vertretern, Zeichnern und Rohstofflieferanten.

Gegen die aus dem Unternehmerverband herausgeschlossene Tapetenfabrik Dr. E. u. L. Schumacher in Duisburg wurden gemeinsame Maßnahmen in Erwägung gezogen und die Vorbereitung derselben einer Kommission übertragen.

Am gleichen Tage besann sich in Frankfurt a. Main die Firma Straven in Bonn, daß sie die mit unserem Kollegen Hertwig am 5. Mai getroffenen Vereinbarungen zur Beilegung des Streiks nicht mehr zu halten brauche.

Man sieht also, die Tapetenfabrikanten haben ein ganz nettes Stück Arbeit im Interesse ihres Gewbeitels geleistet. Einig sind sie sich in der Ausbeutung der Konsumenten und ihrer Arbeiterschaft. Die Uneinigkeit beginnt erst bei der einen Gruppe der Fabrikanten, wenn es sich darum handelt, die Reichsstariflöhne zur Auszahlung zu bringen. Der Kampf für niedrige Löhne und gegen niedrige Preise scheint die vornehmste Aufgabe der Arbeitgeberverbände in der Tapetenindustrie zu sein.

Daraus mögen die Tapetenarbeiter ihre Schlussfolgerung ziehen und durch eine geschlossene gewerkschaftliche Einigkeit dafür sorgen, daß den Herrschaffen die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

G. Stähler.

Hochbetrieb in der Vammenaler Tapetenfabrik.

In der „Tapeze“ Nr. 10 vom 25. Mai 1927 befindet sich folgende Mitteilung:

Nach dem Heibelberger Tageblatt erfährt man, daß die Papier- und Tapetenfabrik Vammenal gegenwärtig im Hochbetrieb steht. Bisher hat die Fabrik am Sonnabend nicht arbeiten lassen, aber jetzt wird nicht nur an dem freien Sonnabend wieder gearbeitet, sondern auch an den anderen Tagen werden Überstunden geleistet, um der Nachfrage zu genügen, die insbesondere auch in den billigeren Tapeten entstanden ist. Wie in Vammenal, so wird auch in vielen anderen Tapetenfabriken jetzt lebhaft gearbeitet.

Und dieses trotz Arbeitszeitgesetz und dem Nachschrei der Unternehmer über ihre schlechte wirtschaftliche Lage.

Verschiedene Industrien

Die Puppe einft und geht.

I.

Zu den wichtigsten und ältesten Spielzeugen ist die Spielpuppe zu zählen. In der Kinderwelt der Mädchen hat sie von jeher eine Hauptrolle gespielt. Die Geschichte verweist darauf, daß schon bei den alten Ägyptern, Griechen und Römern Puppen zum Spielen für Mädchen aus Horn und gebranntem Ton hergestellt wurden. Das Berliner Völkerkundemuseum ist im Besitz einer aus Maltaster angefertigten Puppe. Die Puppe ist eine Gelenkpuppe und soll aus Babylon stammen. Für Deutschland wird die Zeit um Vierzehnhundert erwähnt, wo man zum ersten Male vom Dackermacher (Puppenmacher) spricht.

Die ältesten der heimischen Dackern bestanden aus Holz, und sind durch Handschnitzerei hergestellt worden. Später fand zu ihrer Herstellung die Drehbank Verwendung. Diese Puppe bestand aus einem Stück Holz, dem durch die Drehbank die Gestalt eines Kegels gegeben wurde. Am Kopf ist ein vorstehendes Holzteil angebracht, das die menschliche Nase darstellen soll, außerdem ist der Kopf dort, wo bei Menschen Haare stehen, schwarz, das Gesicht fleischfarbig angestrichen. Zwei rote Lippen stellen die Wangen, zwei schwarze Pünktchen die Augen und ein roter Strich den Mund dar. Die Kleidung ist auf dem Rumpf mit Farbe aufgetragen.

Die Holzpuppe wurde von einer Puppenart abgelöst, deren Kopf und Glieder aus Holz, der Rumpf aus Stoff oder Leder hergestellt ist. Die Stoff- und Lederhülle wurden anfangs mit Hen, später mit Filzwolle oder Sägespänen und noch später mit Holzmasse ausgefüllt. Während die vorhergenannte Puppe aufgemalte Kleider trug, fand beim gestopften Rumpf ein Stoffkleid Verwendung.

Die weitere Entwicklung der Puppe brachte den gedrehten oder geschmittenen Holzkopf, mit einer Hülle von Teigmasse aus Weizenmehl überzogen. Diese Teigmasse wurde dann in naturgetreuer Art zu menschengleichem Gesichtern ausgeprägt. Die Ansehnlichkeit der Puppe wurde durch dieses Verfahren besser, beeinträchtigt wurde aber die Haltbarkeit. Das Gesicht wurde nach dem Trocknen spröde, zerbrach und löste sich vom Holzuntergerande ab.

Eine vollständige Umwandlung der Puppe und ihrer Herstellung machte sich nach der Einführung des Papiermaché bemerkbar. Das Papiermaché wurde nicht mehr aus freier Hand geformt, sondern in zweiteilige Gips-, später Schwefel-

formen, gedrückt. Als erster Teil der Puppe wurde der sogenannte Brustkopf aus Papiermaché hergestellt. Die Zeichnung Brustkopf ist im Hinblick auf das gleich am Kopf angeheftete Bruststück gewählt worden. Durch diese Art war eine gute Befestigung auf die gestopften Leder- oder Stoffhülle technisch leichter möglich.

Die aus Papiermaché hergestellten Brustköpfe hatten den früheren Holzköpfen gegenüber den Vorteil, daß sie sehr leicht, ziemlich haltbar und eine gefälligere Ausdrucksform boten. Die ersten Modelle jener Zeit stellten in der Regel vornehme Damengesichter dar. Während bei dem Holzkopf die Augen und Haare nur durch schwarze Farbe angedeutet waren, finden wir beim Papiermachékopf die Ausdrucksform der Haartracht und Augen im Modell festgehalten. Schmelz und Lippen aus der Biedermeierzeit sind genau nachgeahmt und werden durch die Malerarbeit in hervorragender Art zum Ausdruck gebracht. Auch im übrigen schneidet die Malerarbeit am Puppenkopf im Gegensatz zum Holzkopf sehr vorteilhaft ab. Augen, Mund und Wangen kommen der Natürlichkeit näher.

Ungefähr 10 Jahre später stößt zu dem vorhandenen Papiermachépuppenkopf ein neuer Typ. Er ist aus einem Gemisch von Gips, Wachs und roter Farbe hergestellt. Diese Kopfart hat sich seiner Schwere wegen nicht lange gehalten. 1840 kommt der erste Porzellanpuppenkopf zum Vorschein. Es ist ein dem Papiermachékopf nachgeahmtes Gebilde. Augen und Haare sind auch bei ihm im Modell angebracht. Als weitere Neuerung folgt der Wachskopf. Er wird aus einer Mischung von Wachs und Farbe mittels Gipsformen gegossen. Die Haltbarkeit dieses Kopfes war nicht allzu groß. Bei Temperaturwechsel platzen die Köpfe nicht selten auseinander. Zum Zwecke besserer Haltbarkeit überzog man deshalb diese Kopfart mit einem dünnen Gewebe. Neben diesem Wachspuppenkopf erschien um dieselbe Zeit der wachsierte Puppenkopf. Es war dieses der vorhandene Papiermachékopf, der mit Wachs überzogen wurde. Diese Kopfart hat sich jahrzehntelang erhalten.

Mittlerweile war die natürliche Haarfrisur und das Glasauge für Puppen aufgegeben. Durch beide Einführungen war es möglich, der Puppe ein noch natürlicheres Aussehen als bisher zu verleihen.

In der Zeit der Wachspuppenköpfe hat sich gleichzeitig auch eine Umwälzung der Gesichtsförm der Puppen vollzogen. Bis zur Einführung dieser Kopfart gab der Gesichtsausdruck der Puppe ausgesprochene Damenzüge wieder. Der Wachspuppenkopf zeigte zum erstenmal auch Nachbildungen von Kinderköpfen. Dieser Kinderkopf fand Verwendung für eine neue Puppenart, dem „Läufing“. Der Läuflingskopf sollte den Typ eines zweijährigen Kindes wiedergeben. Dieser Einführung folgte der Babykopf, und heute ist man bei der Nachahmung des Kopfes eines neugeborenen Kindes angelangt.

Die Empfindlichkeit des Wachskopfes, die sehr viel Bruch in der Puppenproduktion nach sich zog, war Ansporn genug, diesen Kopf durch einen unempfindlicheren zu ersetzen. Die Papiermachéköpfe mit Mattlacküberzug (Mattlackkopf) waren Ersatz für ihn. Der Mattlackkopf verdrängte den Wachskopf vollständig. Zu gleicher Zeit wird auch der matte Porzellankopf (Bisquitkopf) eingeführt, der dann neben dem Mattlackkopf nahezu vier Jahrzehnte die Puppenindustrie und ihre Absatzmärkte beherrschte. Dieser Porzellankopf erschien in der Hauptsache nicht mehr als Brustkopf, sondern als Kurbelkopf (am Halsende abgerundet unter Fortfall des Bruststückes). Dieser Kurbelkopf hatte den Vorteil, daß er nicht mehr starr auf dem Körperteil befestigt zu werden brauchte, sondern in drehbarer Form auf dem oberen Körperteil der Puppe aufgesetzt werden konnte.

Neben der gradlinigen Entwicklung, wie vorstehend gezeigt, greift natürlich die Entwicklung einer Reihe anderer Kopfarten ein. Neuschöpfungen von Charakterköpfen usw. in buntem Durcheinander war Begleiter der Entwicklung. Mit dem Entwicklungsgang des Puppenkopfes ging der der gesamten Puppe vor sich.

Auch die Gestalt der Puppe hat eine wesentliche Änderung erfahren. Die ersten Holzpuppen bestanden aus einem Stück. Ihre Ableserinnen, die Leder- und Stoffpuppen, waren schon nach Teilen zusammengesetzte Produkte, bei denen man Kopf, Körper, Beine und Arme unterschied. Die nachfolgenden Schöpfungen, wie Papiermaché-Kugelenk- und weichgestopfte Puppenart, hatten zum Teil noch mehr, die Doppelgelenkpuppe recht viele Einzelteile aufzuweisen. Bei der Doppelgelenkpuppe findet man beispielsweise 62 verschiedene Einzelteile. Hermann Eiflein.

Versicherungen nur bei der Volksfürsorge.

Daß die privaten Versicherungsunternehmen alles anwenden, um in unseren Kreisen, überhaupt in den breiten Massen der Arbeitnehmerschaft, wieder wie vor der Gründung der Volksfürsorge Eingang zu finden, ist verständlich, nur gering ist ihnen nicht mehr so recht, weil die Volksfürsorge in steigendem Maße — ihre großen Erfolge beweisen es — das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung erwirbt. Neuerdings wendet man sich in hoflich gehaltenen Schreiben, die auch alle möglichen Versprechungen machen, nicht nur an die Arbeitervereine, Betriebsräte, Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Zahlstellen der freigewerkschaftlichen Verbände, sondern — direkt an die Zentralvorstände der Gewerkschaften selbst, um ins Geschäft zu kommen. Solche Versuche kapitalistischer Versicherungsgesellschaften, sich in unseren Reihen wieder festzusetzen, müssen erfolglos bleiben. Vergessen wir nicht, daß die freien Gewerkschaften und die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften vor Jahren die Volksfürsorge gründeten, damit die Arbeitnehmerschaft ihre Versicherungen bei der eigenen Gesellschaft abschließen kann. Diese steht heute groß und stark da und nimmt unter den deutschen Versicherungsunternehmen jetzt schon einen der ersten Plätze ein. Sorgen wir dafür, daß unsere Volksfürsorge sich immer mehr ihrem Doppelzweck nähert: das Versicherungsinstitut des arbeitenden Volkes und infolge ihrer Kapitalanlagepolitik ein Pfeiler der Gemeinwirtschaft zu werden.